

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1928**

15.2.1928 (No. 46)

# Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.50 Mk. frei ins Haus, 2.50 Mk. bei der Postabnahme. Einzelnummer 10 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 10. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

**Hauptorgan der badischen Zentrumspartei**  
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeltung  
Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenrundschau, Wälder für den Familienhaushalt, Aus der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Wälder, Klebrdruckbeilage, „Illustriertes Wochens“, „Deutsche Welt“, „Reaktion“, „Verlag“, „Einblick“, 17-21 Fernspr.: 0238/1111, Redaktion 0238, Verlag 0237, Postfach 4944

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene 30 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 5 Pfg., die 4 gesp. 65 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 30 Pfg., Rabatt nach Tarif. Bei Jahrlangschwierigkeiten, z. B. mangelnder Einlieferung, ab. Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5/4 Uhr

Nr. 46 (10 Seiten)

Karlsruhe, Mittwoch, den 15. Februar 1928

66. Jahrgang

## In Kürze

Gestern Abend wurde von Berlin aus das erste transatlantische Ferngespräch mit San Francisco geführt.

Bei Ausgrabungen in der alten Stadt Ur in Chaldea wurden im Grabe der vor 5000 Jahren gestorbenen Königin Schabud Schäpe von ungewöhnlichem Wert gefunden.

Die griechische Kirche hat beschlossen, den Gregorianischen Kalender einzuführen.

Bürgermeister Adlung-Mainz wurde zum Hessischen Staatspräsidenten ernannt.

## Ein letzter Versuch

(Eigener Drahtbericht.)

J. H. Berlin, 14. Februar.

Die Entscheidung über die Schulvorlage ist, entgegen der ursprünglichen Absicht, noch einmal hinausgeschoben worden. Obwohl der Verlauf der Verhandlungen am Dienstag vormittag die volle Aussicht auf weitere Verhandlungen klar darlegte, soll noch einmal am Mittwoch ein letzter Versuch unternommen werden. Man ist sich zwar in parlamentarischen Kreisen völlig darüber einig, daß weitere Verhandlungen zwecklos sind, weil ihre Aussichtlosigkeit unzweifelhaft feststeht. Wenn nicht schon am Dienstag die Entscheidung herbeigeführt worden ist, so ist das zurückzuführen einmal auf die Tatsache, daß im Laufe des Dienstag nachmittags noch einmal die Reichsregierung und im Laufe des Abends die beteiligten Parteien Stellung nehmen wollten.

Wenn die Verhandlungen am Dienstag sachlich auch zwecklos waren, so hatten sie doch immerhin das Gute, daß sie klar und unmissverständlich gezeigt haben, daß die Schuld am Scheitern der Schulvorlage ausschließlich die Deutsche Volkspartei trifft.

Sowohl von den Deutschnationalen als auch vom Zentrum ist während den interfraktionellen Verhandlungen am Dienstag ein starker Verständigungswillen zum Ausdruck gebracht worden. Ja man ist sogar von diesen beiden Parteien soweit gegangen, daß man der Deutschen Volkspartei noch gewisse Zugeständnisse zu machen bereit war. Aber alles war vergeblich. Die Deutsche Volkspartei hat ihre intransigente Haltung nicht nur aufrecht erhalten, sondern diese noch dadurch schärfer herausgestellt, daß sie ihre bisherigen Forderungen in unstrittigen Punkten noch verschärft hat.

Es ist also noch einmal der schlüssige Beweis erbracht, daß die Deutsche Volkspartei trotz ihrer angeblichen Verhandlungsbereitschaft nicht entfernt daran denkt, ihre unmögliche Haltung aufzugeben. Es ist verständlich, wenn man in der Öffentlichkeit dieses nun schon tagelang dauernde Hin und Her nicht begreift. Immerhin war es aber nötig, daß vor der ganzen Öffentlichkeit festgestellt wurde, wen die Schuld am Scheitern des Schulgesetzes trifft.

Ueber die Sitzung der Zentrumsfraktion wird parteioffiziös folgende Mitteilung ausgegeben:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages erörterte in ihrer heutigen Abend Sitzung den Bericht über den Stand der Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuss. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Beurteilung der gesamten Lage ist in der Fraktion nach wie vor eine skeptische, was den Erfolg der Verhandlungen angeht. Sollte eine Einigung über das Reichsschulgesetz zwischen den Regierungsparteien nicht zu erreichen sein, so würde die Koalition als gelöst anzusehen sein. In diesem Falle wären baldige Neuwahlen nötig.“

Aus der Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird gemeldet, daß die Auflösung nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann, sondern daß baldige Neuwahlen herbeizuführen sind. Die Mehrheit der Deutschnationalen soll sogar auf dem Standpunkt stehen, daß auch ohne Rücksicht auf den Etat die Auflösung herbeigeführt werden muß.

## Die „Amerikanisierung“ Auslands

(Eigener Bericht.)

London, 14. Februar.

Die öffentliche Meinung Englands verzeichnet mit einem großen Unbehagen die in den letzten Tagen überraschend häufig eintreffenden Berichte über amerikanische Unternehmungen in der Sowjetunion. Spaltenlange Berichte sind schon über die Farquhar-Konzession geschrieben worden, die das Donbecken an einen „amerikanisch-deutschen Ausbeutertrust“ ausliefern sollte. Dann hieß es, acht oder neun neue Eisenbahnlinien würden amerikanische Finanzgesellschaften übertragen werden. Die Meldungen aus New York, daß Russland dort Eisenbahnmateriale bestellt habe, erregten Mißvergnügen. Jetzt trifft die Nachricht ein, daß eine amerikanische Nähmaschinenfabrik in Potoski gebaut wird und zwar unter Bedingungen, die fast an die privatwirtschaftlichen Betriebe erinnert. „Daily Express“ weiß noch zu melden, daß gegenwärtig in der Sowjetunion amerikanische Finanziers und Industrielle in einer Menge weilen, daß die wenigen Hotels von Moskau, Leningrad und Odesa überfüllt sind, weil derartige Besuche schon seit 15 Jahren nicht mehr Mode waren. Noch etwas anderes ist den mißtrauischen Engländern nicht entgangen: Die amerikanische Presse leistet sich eine Berichterstattung aus Russland, die Zehntausende von Dollars kostet. Die „Chicago Tribune“ hat ein großzügiges Redaktionsbüro in Moskau aufgemacht, das genärrfrei operieren kann und in der letzten Zeit tatsächlich wertvolle Informationen aus dem russischen Wirtschaftsleben gebracht, gleichzeitig aber auch gezeigt hat, daß die „Amerikanisierung“ Auslands kein leeres Schlagwort ist. Die englischen Befürchtungen, daß ihnen die nordamerikanische Union definitiv den Rang ablaufen könne, eventuell im Bunde mit Deutschland, sind groß. Der Abbruch der Beziehungen wird als ernstes Hindernis empfunden, und unter dem Eindruck des amerikanischen Weltbeneders mehrten sich die Kreise, die für eine Wiederaufnahme der Beziehungen eintreten.

So würde sich also das Schicksal des kommunistischen Moskauer Wahnsinns um einen

## Amerikanische Wahlpraktiken

(Eigener Bericht.)

New York, 14. Februar.

Kürzlich hatte das Hauptorgan der republikanischen Regierungspartei, die „Herald Tribune“, gemeldet, der amerikanische Gesandte in Mexiko werde eine Wiedernäherung der religiös gemissten Kreise Mexikos an die dortige Regierung herbeiführen und eine Konferenz anguberaumen berufen. Von demokratischer Seite (Parteigegner der Republikaner) wird dazu bemerkt, daß es sich nur um ein Wahlmanöver der Republikaner handle, um der einflussreichen katholischen Stimmen bei den Urwahlen zu der Präsidentschaft nicht verlustig zu gehen. Man wisse, daß in katholischen Kreisen der Union, den organisierten Männern und Frauenvereinen, kategorisch von der Regierung in Washington verlangt worden sei, mit einem Lande zu brechen, das in der Verfolgung seiner Bürger nur noch mit der Sowjetunion verglichen werden könne. Um den Anschein zu erwecken, als ob etwas gechehe, bringe nun das republikanische Organ die erwähnte Meldung. In Wirklichkeit werde nicht das Geringste geschehen, um die mexikanisch-amerikanische Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiete zu fördern.

## Wachsende Arbeitslosigkeit in den Ver. Staaten

(Eigener Bericht.)

New York, 14. Februar.

Obwohl keine amtlichen Aufschreibungen über die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten vorliegen, darf ihre Zahl doch mit einiger Sicherheit jetzt auf drei bis vier Millionen geschätzt werden oder auf 9 bis 10 Prozent der Gesamtzahl aller Arbeiter überhaupt. Einige Staaten der Union kennen die Arbeitslosenstatistik ganz und gar nicht, und zu ihnen gehören ausgerechnet

neuen Akt weiter entwickeln. Diejenigen, die einstweilen ausgezogen sind, um die weltfremden Ideen rechtsliberaler Kaffeekonsumenten in die Wirklichkeit umzusetzen, Vorkurswende millionenweise umbrachten und glaubten, eine ganze Welt beschimpfen zu dürfen, — sind nun gezwungen, langsam abzubauen, um mit den „verrotteten Methoden der Bourgeoisie“ ihrem „Klassenbewußten Proletariat“ Brot zu schaffen. Was blieb zurück? Ein verblutetes Volk, das der Weltkapitalismus grüntend in Empfang nimmt!

## Französischer Argwohn wegen der deutsch-russischen Verhandlungen

(Eigener Bericht.)

Paris, 14. Februar.

Indem sie von „beräuglichten Intimitäten“ zwischen Deutschland und der Sowjetunion schreibt, behauptet die nationalistische „Liberte“, die deutsche Industrie suche sich in die früher französischen Unternehmungen Auslands einzunisten. Man suche nach einer Formel, um den „Raub“ besser maskieren zu können. Der „Trie“ werde aber nicht gelingen, weil Frankreich die Entwicklung der Dinge im Auge behalte.

## Die Kapitalistenlöcher auf der Suche nach Privatkapital

(Eigener Bericht.)

Moskau, 14. Februar.

In einem symptomatischen Artikel der „Iswestija“ wird auf die Entwicklung der polnischen Wirtschaft im Jahre 1927 verwiesen; es seien nicht nur die Folgen der Entwertung des Zloty überhand, sondern auch noch starke Rohstoffmangel bei steigender Entwicklung der Industrie vorhanden. Alles Günstige in diesem Wilde lasse sich nur erklären aus der Kreditgewährung, die Polen in so reichem Maße zuteil wurde. Um solcher Kredite willen lasse ein Land auch Opfer auf dem Gebiete der nationalen Eigenliebe bringen. Der Artikel scheint auf gewisse Verzichte Russlands in seinen wirtschaftspolitischen Ideen hinzuweisen.

solche Staaten, die in der letzten Zeit sich durch die offensichtliche Zunahme des Strafenbetrags auszeichnen. Die Beanspruchung der privaten und religiösen Wohltätigkeitsanstalten ist in starkem Wachstum begriffen. Gouverneur Smith von New York, in dessen Staat auch die amtliche Statistik fehlt, hat eine außerordentliche Fällung angeordnet; sofort nach Bekanntwerden der Ziffern soll durch den sofortigen Beginn von öffentlichen Bauten Beschäftigung und Brot geschaffen werden. Im Gegensatz zu europäischen Verhältnissen sind trotz der Arbeitslosigkeit die Löhne in bestimmten Kategorien, so Zimmerleute, Maurer, Klempner und andere „Aristokraten der Arbeit“, relativ hoch geblieben (50 bis 75 Dollars pro Woche) mit doppelter Bezahlung für Überstunden, jedoch ihre Spargroschen einige Zeit hindurch genügen würden. Andererseits sind aber nach der „N. Y. Times“ nicht wenig Familien mit beträchtlichen Leistungen für das Abzahlungssystem belastet, jedoch im Falle einer Vergrößerung der Arbeitslosigkeit besondere Maßnahmen getroffen werden müßten, um die zeitweilige Einstellung dieser Ratenzahlungen zu ermöglichen. Einige New Yorker Zeitungen behaupten, ein namhafter Teil der Arbeitslosigkeit sei die Folge der Arbeitslosigkeit in anderen Staaten der Union, indem von dort her die arbeitslos gewordenen sich nach der Millionenstadt flüchten. Aber in Chicago, der anderen Metropole des Landes, sieht es nicht wesentlich anders aus.

## Neuer Völkerbundsreferent im Auswärtigen Amt

Berlin, 14. Febr. Der bisherige Leiter der Völkerbundsabteilung im Auswärtigen Amt, Vortragender Legationsrat von Bülow, ist den Blättern zufolge zum Dirigenten der Abteilung 2 (Europa, Abrüstung) bestellt worden. Die Leitung des Völkerbundsreferats hat Vortragender Legationsrat v. Weizsäcker übernommen. Herr v. Weizsäcker hat vor dem die Abrüstungsfragen bearbeitet.

## Zur politischen Lage

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Es hat gar keinen Zweck, abzutreten zu wollen, daß durch den Brief des Herrn Reichspräsidenten die an sich schon schwierige politisch-parlamentarische Lage verschärft worden ist. Die mißverständliche Formulierung, die bei der Aufzählung der von dieser Regierung zweckmäßigerweise noch zu erledigenden Aufgaben angewandt wurde, hat den Eindruck entstehen lassen, als wenn dieses Schulgesetz eine Angelegenheit zweiter Ordnung wäre, die man hinter alle anderen schwebenden Aufgaben stellen könne. Flugs hat sich die Deutsche Volkspartei eine nach viel weiter gehende Auslegung dieses Satzes in dem Hindenburg-Brief zu eigen gemacht, indem sie parteioffiziös erklärte, daß die Erledigung der anderen Aufgaben auch dann nicht behindert werden dürfe, wenn ein Reichsschulgesetz von diesem Reichstag nicht mehr verabschiedet werden könnte.

Das ist eine offene und geradezu herausfordernde Verleumdung derjenigen Verpflichtungen, die die Deutsche Volkspartei bei Eingehen dieser Koalition auf sich genommen hat.

Damals hatte sie sich in ihrer Gesamtheit verpflichtet, in und mit dieser Koalition, deren Zustandekommen in ihrer jetzigen Form sie ja damals selbst auf das Dringlichste gefordert hat, ein Reichsschulgesetz zu schaffen. In den programmatischen, von der Deutschen Volkspartei uneingeschränkt anerkannten Richtlinien hieß es u. a. ausdrücklich:

„Erlaß eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechtes. Grundsätzliche Gleichstellung der in Art. 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten, Sicherung des Religionsunterrichtes (Artikel 149).“

In der Regierungserklärung waren sodann die gesetzgeberischen Grundsätze, nach denen ein solches Gesetz erlassen werden sollte, eingehend in nachstehender Weise formuliert:

„Grundlage dieses Gesetzes ist die Reichsverfassung. Nach deren Wortlaut und Sinn müssen die Freiheit des Gewissens und die Rechte der Eltern gewahrt und die Erteilung des Religionsunterrichtes in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufstiegsrechts des Staates gesichert werden. Auch ist für eine grundsätzliche Gleichstellung der in Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten zu sorgen.“

Wenn nun die Deutsche Volkspartei den Brief des Reichspräsidenten und die in ihm vorgeschlagene Form der Regelung der Schulfrage so demonstrativ zur Begründung ihres eigenen Interessenstandpunktes heranzieht, so ist das außerordentlich auffällig. Daß die Deutsche Volkspartei den Brief des Reichspräsidenten zum Vorwand nimmt, um zu fordern, daß alle ihr noch zu erwerbenden Aufgaben erledigt werden, zeugt von einem politischen Materialismus, wie er in dieser Form und in dieser Eigenart doch wohl noch nicht aufgetreten ist. Sie möchte, unbefürchtet um die Wahrung der geistigen und kulturellen Fragen, noch von dieser Koalition in die Scheune bringen, was immer noch möglich ist, sie möchte diese Koalition bis zur Neige ausnützen, um ihre parteipolitischen Wünsche und Ziele durchsetzen zu können. Darum gibt die Deutsche Volkspartei die Parole aus, daß es gar nicht nötig wäre, die gegenwärtige Koalition wegen des Nichtzustandekommens der Verhandlungen um das Reichsschulgesetz außer Funktion zu setzen.

Die Tagung des Schulausschusses der Deutschen Volkspartei hat keine Ueberzeugung gebracht. Es war von vornherein klar, daß dieser Ausschuss sich mit dem Vorgehen der deutschvölkischen Reichstagsfraktion einverstanden erklärt. So ist es auch gekommen. Aber gerade die Begründung, die Dr. Kunze in seinem Referat für die Stellung der Deutschen Volkspartei in der Schulfrage gegeben hat, erweist von neuem, daß die Deutsche Volkspartei gar nicht ernstlich die Verabschiedung eines solchen Gesetzes überhaupt will. Sie hat lediglich zum Schein die Verhandlungen bis heute geführt, und sie würde auch noch weiter die übrigen Parteien zum Besten halten, wenn nicht das

Zentrum dem frivolen und unwürdigen Doppelspiel der Deutschen Volkspartei in diesen Dingen nun ein Ende gemacht hätte. So blieb der Deutschen Volkspartei nichts anderes übrig, als Farbe zu bekennen und sich zu demaskieren. Die Art und Form, in der das geschah, war empörend.

Die Deutsche Volkspartei ist glatt wortbrüchig geworden. Von diesem Vorwurf wird sie sich nicht wieder reinigen und auch nicht wieder erholen können. Sie hat aber auch auf das Größlichste gegen alle Grundzüge des politisch-parlamentarischen Zusammenarbeitens in einer Koalition verstoßen. Denn, obwohl sie, wie dargelegt, die Verpflichtung übernommen hatte, ein solches Gesetz noch zustandezubringen zu helfen, hat sie sich im Schulausschuss von den übrigen Koalitionsparteien getrennt. Sie stellte Anträge, die gegen die Verfassung verstießen und nahm zu ihrer Durchsetzung auch noch die Hilfe der Oppositionsparteien in Anspruch. Kurz, sie hat den Boden des Programms, den sich diese Koalition gesetzt hatte, eigenwillig, und noch dazu unter Bräufierung ihrer Koalitionspartner verlassen. Es fällt der Deutschen Volkspartei aber gar nicht ein, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Es mußte ihr erst im interfraktionellen Ausschuss von dem Vertreter des Zentrums klargemacht werden, daß sie aus ihrem Verhalten auch die Konsequenzen ziehen solle. Die Volkspartei stellte sich zunächst taub, um nachher in der Öffentlichkeit zu erklären, daß sie gar nicht daran denke, aus der Koalition auszuscheiden.

Wir müssen sagen: Das sind ganz eigenartige Auffassungen über die Rolle, die einer Koalitionspartei in einer politisch-parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft zufällt. Es gehört schon ein recht robustes politisches Gewissen dazu, einmal eine Koalition zu fordern und sie zu bilden mit einem Aufgabekreis, mit dem man, wie sich jetzt herausstellt, von vornherein zu einem wichtigen Teil nicht einverstanden war, um dann in dieser Koalition lebendig das mitzunehmen, was den eigenen Interessen gefällt und entspricht. Wenn es dann an die Einlösung eines gegebenen Versprechens geht, sich seitwärts in die Büsche zu schlagen, ist sicher außerordentlich tapfer, und außerdem noch, als wenn gar nichts geschehen wäre, diese selbe Koalition den eigenen Interessen dienlich machen zu wollen, ist ein Verfahren, das allerdings ein Beispiel noch nicht kennt. Wenn es Schule macht, dann würden wir im deutschen Parlamentarismus allerdings noch manche niedlichen Erfahrungen machen können.

### Baldwin über englische Arbeiterfragen

London, 14. Febr. Am Schluß der gestrigen Unterhausdebatte über die Arbeitslosenfrage sagte Premierminister Baldwin: Man darf nicht immer von einer Million Arbeitsloser sprechen, als ob es sich dabei um einen dauernden Zustand handelt. Es ist zu hoffen, daß die Hälfte davon in absehbarer Zeit wieder Arbeit bekommt. Wenn man an die 10 Prozent Arbeitsloser denkt, sollte man nicht die 90 Prozent vergessen, die Beschäftigung haben. Es ist eine ermutigende Tatsache, daß nach den Berechnungen des internationalen Arbeitsamtes die Arbeitslöhne in Großbritannien nahezu doppelt so hoch sind wie in Brüssel, Rom, Wien und Paris und ein Drittel besser als in Berlin. Baldwin kam dann auf das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag zu sprechen und vertrat erneut die britische Auffassung, daß ernste Zweifel darüber beständen, ob alle Teilnehmer das Abkommen in dem gleichen Sinne auffaßten. Er sagte, Großbritanniens Ziel sei auf eine Konvention gerichtet, die die Grundzüge des Washingtoner Abkommens verkörpert, aber die darin enthaltenen Schwierigkeiten vermeiden würden.

### Befreiung der katholischen Missionare in Sibirien

Sinanju, 14. Febr. Sämtliche Mitglieder der deutschen katholischen Missionsstation in Sibirien, die von chinesischen Räubern überfallen worden waren, sind unterlegt befreit worden.

### Einführung des gregorianischen Kalenders in der griechischen Kirche

Alexandria, 14. Febr. Die Versammlung der griechisch-orthodoxen Kirche gibt bekannt, daß die Kirche am 1. Oktober den gregorianischen Kalender einführen, d. h. in ihrer Berechnung 13 Tage ausfallen lassen wird.

### Das seltsame Wahlrecht des Fasizismus

Mailand, 14. Februar. Die italienische Presse ist angefüllt mit Einzelheiten aus dem neuen Wahlrecht, die zum Teil widersprüchlich sind. Während z. B. der „Corriere della Sera“ ein geheimes Wahlrecht, gewährt durch Fallenlassen einer schwarzen oder weißen Kugel in eine Urne, die für jede Kugel ein Glöckchen gibt, erwähnt, scheint nach dem „Secolo“ die Abstimmung öffentlich zu sein. Vielleicht löst sich die widersprüchliche Beschreibung so auf, daß jeder Wähler zwei Kugeln, eine weiße und eine schwarze, erhält, von denen

## Die Aussperrung der 1 Million Arbeiter

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat, wie bereits gemeldet, beschlossen, am 22. Februar eine Gesamtsuspension aller in der deutschen Metallindustrie beschäftigten Arbeitnehmer vorzunehmen. Dieser Beschluß soll zur Unterstützung der mitteldeutschen Metallindustrie durchgeführt werden. Mit diesem Vorgehen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller wird der Kampf von der deutschen Metallindustrie gegen die Arbeitnehmer aufgenommen, der schon um die Wende des Jahres anläßlich des Arbeitszeitkampfes in der westdeutschen Eisenindustrie drohte. Zwar ist die Aussperrung erst zum 22. Februar vorgesehen, jedoch besteht wenig Hoffnung, daß es in der Zwischenzeit zu einer Verständigung zwischen den einzelnen Gruppen kommt.

Aufgeht die politische Krise kommt der Aussperrung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller noch eine besondere Bedeutung zu. Fällt die Aussperrung in einen Wahlkampf hinein, dann ist damit zu rechnen, daß dieser wirtschaftliche Kampf zu einer politischen Auseinandersetzung wird. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller macht sich durch sein Vorgehen dann zu dem besten Fürsprecher einer Linksmehrheit. Die Folgen dieser Linksmehrheit wird der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller dann zur gegebenen Zeit zu spüren bekommen.

### Fortsetzung der Sozialdebatte im Reichstag

Berlin, den 14. Februar. Es wird die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums beim Kapitel „Arbeitsvertragsrecht, Schlichtung, Lohnpolitik usw.“ fortgesetzt. Abg. Schneider-Berlin (Dem.): Wie notwendig das Schlichtungswesen sei, beweise die mitteldeutsche Metallarbeiteraussperrung. Die Sympathie des deutschen Volkes werde auf Seiten der Ausgesperrten sein. Abg. Gerig (Ztr.): Die Arbeitsgerichte haben sich nach Auffassung des Redners bewährt. Auch ihre Rechtsprechung habe den Erwartungen des Reichstages entsprochen. Aber die Landesbehörden nähmen bei der Durchführung des neuen Gesetzes nicht genügend Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse. So seien noch nicht überall da, wo es notwendig sei, Kaufmannsgerichte eingesetzt worden. Abg. Leopold (Dntl.): Vor Schiedsgerichten müsse ein Gutachten des Wirtschaftsministeriums eingeholt werden. Für landwirtschaftliche Arbeitsverhältnisse sei ein Zusammengehen zwischen Arbeits- und Ernährungsministerium notwendig. Abg. Lambach (Dntl.) beantragt, nur eine große Sozialwahl stattfinden zu lassen, die dann das Kräfteverhältnis zeigen. Auch müsse entschieden werden, welche Verbände als Gewerkschaften anzuerkennen seien. Die beste Lösung wäre wohl die, die Arbeitnehmer selbst durch Wahlen darüber entscheiden zu lassen, welche Verbände ihr Vertrauen besitzen.

er nach Belieben Gebrauch machen kann. Nur wer einer arbeitenden Kategorie angehört und sich in unerschuldeter Arbeitslosigkeit befindet, ist wahlberechtigt. Hausbesitz gilt nicht als Beschäftigung. Auch Rentiers dürfen nicht wählen. Es wird über eine ganze Liste von Namen abgestimmt, an der keine Streichungen vorgenommen werden können, weil nur „Ja“ oder „Nein“ gilt. Geistliche sind, obwohl sie in keine Korporation eingetragene sind, wahlberechtigt und können auch auf einer Wahlliste erscheinen. Es ist wahrscheinlich, daß in dem reformierten Senat einige Bischöfe als Senatoren erscheinen werden. Die Ernennungsrechte des Königs für den Senat sind wesentlich eingeschränkt. Der „Tribuna“ zufolge werden die im Auslande wohnenden Italiener eine Vertretung im Senat erhalten, dagegen nicht in der neuen Rinstenkammer. (Auch diese Vertretung wird zu diplomatischen Schwierigkeiten führen.)

### Gegen die Entsprechung Südtirols

(Eigener Bericht) Rom, 14. Februar. Das „Giornale d'Italia“ nimmt von der Protestkundgebung Kofiz, die katholische Verbände von Innsbruck aus gegen die Entsprechung Südtirols bezüglich des Religionsunterrichtes erlassen haben und bemerkt dazu, es gebe nur ein Mittel, um die Kinder in deutscher Sprache unterrichten zu lassen: Zurück über die Alpen! Diesseits des Brenner sei nur Raum für die italienische Zunge, und Italien dulde keine Fremden in seinem Saute, dessen Mauern die Natur gebaut.

Der Redner beantragt, die Arbeitsrichter unter Aufsicht des Reichswahlleiters wählen zu lassen. Diese Wahlen könnten dann als Probewahlen für die Zusammensetzung der übrigen sozialen Körperschaften gelten.

### Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Der Redner wünscht etwas Ähnliches wie ein Antrag Thiels (DZ.), der zunächst einen einheitlichen Termin für die Betriebsratswahlen verlangt. Dafür sind die sachlichen Voraussetzungen nicht gegeben, denn es werden häufig neue Betriebe gegründet, die Belegschaften wechseln, es gibt auch Saisonbetriebe. Einheitswahlen würden zu stark von politischen Einflüssen beherrscht werden, die doch bei diesen Wahlen weniger hervortreten sollten, als gewerkschaftliche. Der zweite Teil des Antrages Thiels müncht, wie der Antrag Lambachs, soziale Hauptwahlen, die für die Zusammensetzung der verschiedenen Körperschaften ausschlaggebend sein sollen. Eine solche Wahl bringt aber immer noch keine Entscheidung über die Frage, welche Gruppen nun eigentlich wahlberechtigt sein sollen. Sollen es nur die bisherigen Spitzenverbände sein? (Abg. Lambach (Dntl.): Nein!) Dann kommen alle möglichen kleinen Fachverbände, (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten), auch solche, die gar nicht in Frage kommen, wie etwa die Kriegesbeschädigtenverbände. Eine solche Frage ist überhaupt nicht durch ein Wahlgesetz zu lösen. Die Begriffsbestimmung der Gewerkschaft gehört in ein Berufsvereinsgesetz oder in ein Tarifgesetz. Wir kommen auch nicht weiter, wenn Sie das Ministerium mit einer neuen Denkschrift belasten. Gegenüber Angriffen des Abg. Grafmann auf die Haltung des deutschen Vertreters beim Internationalen Arbeitsamt erklärt der Minister ferner: Ueber den Antrag, die Revision des Washingtoner Abkommens auf die Tagesordnung der Konferenz von 1929 zu setzen, ist in der letzten Sitzung des Verwaltungsrates gar nicht abgehandelt worden, weil England den Antrag zurückzog. Dafür wurde ein französischer Antrag angenommen, in der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates zu entscheiden, ob die Revision auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz gesetzt werden soll. Durch diesen französischen Antrag wird die Entscheidung über die Grundfrage selbst in keiner Weise präjudiziert. Gegen diesen Antrag stimmte nur Norwegen, der deutsche Vertreter und einige andere enthielten sich der Stimme. Abg. Imbusch (Ztr.) verteidigt die schematische Festsetzung des Achtstundentages im Arbeitszeitgesetz, ist aber mit einer Prüfung von Ausnahmen, besonders für die Klein- und Kleingewerbe einverstanden. Freiwillige internationale Abmachungen der Unternehmer zur Herabsetzung der Arbeitszeit hält der Redner für unmöglich, auch könnten die Arbeiter nicht auf ihre eigene Mitwirkung verzichten. Man könne die Arbeitszeit nur gesetzlich regeln, namentlich im Bergbau. Wenn die Jugend erst einmal freie Zeit bekomme, werde sie auch lernen, sie richtig auszunutzen. Unter Tage seien acht Stunden Arbeit noch zu viel. Weiterberatung Mittwoch 14 Uhr.

### Mussolini für eine italienische Nähmaschinenindustrie

Rom, 14. Febr. Um die Einwuhr von Nähmaschinen, von denen ein ansehnlicher Teil aus Deutschland kommt, weiter zu drosseln, hatte Mussolini die italienischen Produzenten Nacci und Campiglio nach Rom berufen, um mit ihnen zu besprechen, wie dem italienischen Fabrikat weitere Förderung für die Verbreitung auf dem inländischen Markt und für den Export zuteil werden könne. Die italienischen Nähmaschinen, von denen laut „Tribuna“ festgestellt wurde, daß sie ausländischen Fabriken vollkommen ebenbürtig seien, werden nun auf Anordnung Mussolinis in den Fasci Femminili, den weiblichen Organisationen der Faschistenpartei, den staatlichen Haushaltungsschulen und Fortbildungsschulen angelegentlich empfohlen.

### Geipel über die Beziehungen zwischen Wien und Prag

Prag, 14. Febr. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Geipel äußerte sich zu einem Vertreter der Prager Presse über den Ausbau der Beziehungen zwischen Wien und Prag. Der Bundeskanzler erklärte u. a.: Prag und Wien werden sich wirtschaftlich immer wieder finden, weil sie einander geographisch und wirtschaftsgeschichtlich viel zu nahe sind, als daß es anders sein könnte. Ueber den Eintritt der Deutschen in die tschechoslowakische Regierung sagte Dr. Geipel, daß eine negative Politik fast immer schlecht, eine aktivistische fast immer schon nicht auf, so doch besser sei. Die Weltfriedensbewegung könne nur gedeihen, wenn sie von dem Gedanken des Christentums durchdrungen sei.

### Papstfeier der Berliner Katholiken

Berlin, 14. Febr. Zu einer eindrucksvollen Feier gestaltete sich die Papstfeier, die die Katholiken Berlins gestern abend in der Hochschule für Musik aus Anlaß der 6. Wiederkehr des Krönungstages des Papstes veranstalteten. Eine besondere Note erhielt die Feier durch die Anwesenheit des apostolischen Nuntius Pacelli. Ferner waren erschienen: Der Weihbischof Dr. Deitmer, Staatssekretär Dr. Pünder als Vertreter des Reichskanzlers Dr. Marx, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Minister a. D. Bell, Justizminister Dr. Schmidt, Landwirtschaftsminister Steiger u. a. Der apostolische Nuntius hielt eine Ansprache, in der er insbesondere auf die Reubelebung des Missionsgedankens als dem Mittelpunkt des Pontifikates Pius XI. und das Verdienst der deutschen Katholiken hieran hinwies.

### Bürgermeister Adelung zum heftigsten Staatspräsidenten gewählt

Darmstadt, 14. Febr. In der heutigen Landtagsitzung wurde der Bürgermeister Adelung, Mainz mit 42 Stimmen bei 19 Enthaltungen zum heftigsten Staatspräsidenten gewählt. Gegen die Wahl stimmten die fünf Kommunisten. Zwei Stimmen waren gesplittet.

### Vom Wohnungsauswurf des Reichstages

Berlin, 14. Febr. Der Wohnungsauswurf des Reichstages nahm folgende Entscheidung an: Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, zur Förderung der Gewährung von Zinsenkrediten für den Kleinwohnungsbaubis zu einem Betrage von 10 Millionen Reichsmark an einer Kapitalerhöhung der Deutschen Bau- und Bodenbank A.-G. in Berlin zu beteiligen. Das Reich muß am Gesamtantrag mit mindestens 51 v. H. beteiligt sein. Der Reichsarbeitsminister wird weiter ermächtigt, für Darlehen an diese Bank, die zu Zinsenkrediten für den Kleinwohnungsbaubemendet werden sollen, und im Rechnungsjahr 1928 aufgenommen werden, bis zu einem Betrage von 200 Millionen Reichsmark Bürgschaft zu übernehmen. Die Voraussetzung für die Gewährung über Zinsenkredite ist, daß die ganze Finanzierung des Bauvorhabens sichergestellt ist, d. h. es muß die Hauszinssteuer Bewilligung und der Nachweis des Eigenkapitals erbracht worden sein.

### Verhaftung eines deutschen Polizeikommissars durch Franzosen

Bad Neuenahr, 14. Febr. Letzten Sonntag wurde der Polizeikommissar Steinebach von der hiesigen Amtsverwaltung von drei französischen Kriminalbeamten ohne Angabe des Grundes in seiner Wohnung verhaftet und nach einem unbekanntem Ort, sehr wahrscheinlich jedoch nach Mainz gebracht. Ueber den Grund der Verhaftung war bis jetzt nichts zu erfahren.

### Wichtige Kunde in Ar-Ghaldän

Philadelphia, 14. Febr. Von dem Leiter der von der Universität von Pennsylvania unternommenen Expedition, die sich mit Ausgrabungen in der alten Stadt Ur in Ghaldän befaßt, ist ein Bericht eingetroffen, daß dort im Grabe der Königin Schubad, die vor 5000 Jahren gestorben ist, Schätze von ungewöhnlichem Werte gefunden worden sind. Das Grab der Königin war unberührt, während das ihres Gemahls geplündert worden ist. Am Eingang des Grabes wurden die Leberreste von 6 Wachtvögeln mit eingeschlagenen Kupferkugeln gefunden, im Grabe selbst befanden sich 50 Leichen von Dienerinnen. Die Leiche der Königin war reich mit Gold undapislazul verziert.

### Beschädigung der Schubert-Büste am Geburtshause Schuberts

Wien, 14. Febr. Der Gipsjodel der marmornen Schubertbüste, die über dem Eingang zum Geburtshause des Meisters angebracht ist, ist im Laufe der vergangenen Nacht von unbekanntem Täter beschädigt worden. Ob es sich um einen verurteilten Diebstahl der Büste selbst, oder um einen Akt von sinnlosem Vandalismus handelt, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Heute vormittag mußte die Büste abgenommen werden. Sie wird später wieder aufgestellt werden.

### Gasvergiftungen bei J. G. Farben

Düsseldorf, 14. Febr. Auf dem Gelände der J. G. Farbenindustrie in Leverkusen erkrankte heute vormittag plötzlich eine Anzahl von Arbeitern an Vergiftungserscheinungen. Soweit sich bisher feststellen ließ, handelt es sich um eine Schwefelwasserstoffvergiftung durch Gas, die dem Abflutkanal entströmte. Ein Arbeiter ist verstorben, jedoch soll bei den übrigen sechs Erkrankten keine Lebensgefahr bestehen.

# Ein interessanter Besuch

### Zugleich Gedanken zur Nationalisierung und Lohnpolitik in der Textilindustrie.

Die Hauptindustrie des badischen Wiesentals ist die Textilindustrie. Vor dem Krieg, wie nach dem Krieg stand und steht sie in dem Ruf, daß die Niedrighaltung der Löhne den Textilarbeitern nur schwer ein Auskommen möglich mache, daß weiter in der Textilindustrie die Frauenarbeit überwiege, teils weil der Verdienst des männlichen Textilarbeiters zur Ernährung einer Familie nicht ausreicht, teils weil die Textilindustrie in der Frauenarbeit, die niedriger entlohnt wird, ein produktionsverbilligendes Moment sehe.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß gerade in der Textilindustrie auch heute noch Arbeitskämpfe, also Kämpfe um einen besseren Lebensstandard, nicht zu den Seltenheiten gehören, die nach der Natur aller sozialen Kämpfe auf beiden Seiten auch nach deren Beendigung einen bitteren Stachel zurückzulassen pflegen. Die Frage ist jedenfalls nicht ganz unberechtigt, ob nicht in der Textilindustrie produktions- wie lohnrechtlich Verbesserungen möglich sind, die sowohl den Ertrag des einzelnen Unternehmens zu steigern vermögen wie auch den Arbeitsertrag des Arbeiters zu erhöhen gestatten.

Die letzte Welle eines Lohnkampfes, der das badische Wiesental berührte und eine Reihe von Unternehmungen in Mitleidenenschaft zog, hat u. a. ein Textilunternehmen ganz unberührt gelassen, die „Mechanische Weberei Otto Schenz“ in Lörrach, der vor kurzem mein Besuch gegolten hat. Einer liebenswürdigen Einladung des Besitzers folgend habe ich den Betrieb dieser Firma an der Brombacherstraße eingehend besichtigt. Der allgemeine Eindruck meines Besuches kann dahin zusammengefaßt werden, daß die Firma unermüdet bestrebt ist, in weitgehendem Maße solche Verbesserungen in den Betrieben durchzuführen, die der Arbeiter eine Leistungssteigerung erlauben, ohne daß sie dafür einen Mehraufwand an körperlicher Kraft oder größere Handfertigkeit benötigt. Das bedeutet gewiß für die Firma höheren Produktionsertrag, aber auch für den Arbeiter höheren Lohn. Solche rein mechanische Verbesserungen finden sich vor allem im Vorwerk, in dem das bekannte „laufende Band“ als Sammelorgan für einzelne, früher manuelle Betriebsvorgänge angewendet wird, wie auch in den geräumigen Sälen der eigentlichen Weberei, die besonders ein Zeit- und Weg sparendes Signalssystem auszeichnet. Als wesentlichster Unterschied in der gesamten Betriebsform gegenüber den meisten Textilfirmen muß die völlig selbständige Antriebskraft für jede einzelne Maschine angesprochen werden, wodurch der Arbeiter also von einer Zentrale unabhängig ist, die wie in anderen Betrieben zu fest fixierten Zeiten den gesamten Betrieb laufen läßt bzw. stillsetzt.

Eine weitere Möglichkeit der Leistungssteigerung ist in der Schichteneinteilung zu finden. Die Firma arbeitet mit ihrer Belegschaft in zwei Schichten. Diese Schichten werden aber ihrerseits wieder halbiert, so daß zwischen den beiden Schichten eine längere Arbeitsunterbrechung erfolgt. Diese Arbeitsunterbrechung bedeutet eine Auffrischung der Arbeitsenergie, denn es leuchtet ohne weiteres ein, daß ein Arbeiter, der eine Arbeitspause von 4-4½ Stunden gehabt hat, erholtet an seine Arbeit zu gehen vermag als einer, dessen Ruhepause nur 1-1½ Stunde beträgt.

Die Firma will mit ihren Arbeitern in einer sog. Werkgemeinschaft stehen, d. h. eine gewisse stärkere Bindung als nur durch den Tarif- oder Arbeitsvertrag haben. Diese Bindung kommt besonders in der Lohnpolitik der Firma zum äußeren Ausdruck. Wenn auch der allgemein gültige Tariflohn (und Tarifvertrag) die Grundlage für die Entlohnung (und das Arbeitsverhältnis) bildet, so gibt die Firma doch noch weitere Zuschläge in der Form eines Prämienystems, durch das die Arbeiterchaft an der Höhe ihres Arbeitsquantums extra mitbeteiligt ist. Diese lohnpolitischen Momente sichern der Arbeiterchaft in der Firma Schenz einen wesentlich höheren Lohn, als ihr nach den allgemeinen Tarifgrundlagen zustehen würde.

Eine wirklich alle zufriedenstellende Lohnpolitik gibt es nicht; auch der Tariflohn und das Tarifschema können gewisse Härten nicht vermeiden. Das Prämienystem will zum Grundlohn des Tarifs eine Leistungszulage ermöglichen, also das reine Schema des Tariflohns überwinden.

Es kann nicht wunder nehmen, daß gerade die beste Arbeiterchaft sich zum Betriebe der Firma Otto Schenz-Lörrach drängt, weil sie dort die meiste Aussicht zu finden glaubt, einen der eigenen Leistung entsprechenden guten Verdienst zu erhalten. Die Lage der größeren sozialen Zufriedenheit der Arbeiterchaft in der Firma Schenz wäre an sich schon ein ökonomischer Erfolg, der des Wachstums wert ist. Der Gesamtserfolg wäre aber auch in der Firma Schenz trotz aller betriebstechnischen oder lohnpolitischen Momente nicht denkbar, wenn nicht die Arbeiterchaft Vertrauen in die Leitung des Unternehmens, besonders zur Person des Inhabers hätte. In diesem Vertrauensverhältnis sehe ich die stärkste Quelle für die Möglichkeit, auch innerhalb eines größeren Unternehmens den Gedanken einer Werkgemeinschaft zu realisieren.

Ob die Wege, die die Firma Schenz in Lörrach geht und auszubauen gewillt ist; allgemein gangbar sind, mag offene Frage bleiben. Sicher sind sie einmal der Ueberlegung und Prüfung wert und dürfen nicht ohne weiteres mit dem Hinweis gewerkschaftlicher Bedenken oder solcher organisatorischer oder betriebswirtschaftlicher Art abgetan werden. Nicht Geringschätzung und Ausnutzung, sondern Achtung und Unterstützung der aufstrebenden Arbeiterchaft wird den Weg kennzeichnen müssen, der zum Arbeitsfrieden im neuen Deutschland führen soll.

erster Klasse ist, bei der es sich darum handelt, den Arbeiterstand mit Gleichachtung und Gleichberechtigung neben die anderen Stände in das Volksleben einzuordnen.

Das habe man heute immer noch nicht überall verstanden, auch wenn es in den Programmen theoretisch anerkannt sei. Das sehe und fühle die Arbeiterchaft und daher die Spannung, die also nicht allein von materiellen Gesichtspunkten aus zu verstehen sei. Weiter schreibt Benz:

Der seit Jahren die Gärungen in der Seele des Massenmenschen aufmerksam verfolgt, dem waren die jüngsten Vorgänge im Zentrum keine besonderen Ueberbroschungen, der weiß, daß die Befolgsreform nichts anderes als der äußere Anlaß war, einen Teil der Spannungen, die sich seit Jahren zusammenhäufeten, zur Entladung zu bringen. Die christliche Arbeiterchaft ist nicht ungerecht, sie anerkennt die Leistungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik in vollem Maße. Wäre der soziale Ideengehalt der Weimarer Verfassung überall ins Praktische überführt worden, so hätten wir bestimmt keine „unzufriedene“ Arbeiterchaft. Im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben sind jedoch Kräfte am Werk, die mit aller Macht das Herrenmenschtum wieder in den Sattel zu heben suchen. Gebietet man diesen nicht endlich Einhalt, dann wird die kommende Generation von unserer Demokratie als einer „modernen Sage“ sprechen. Die tragende Kraft der Autokratie — der Liberalismus — geht er nicht wieder gehobenen Hauptes einher? Macht sich nicht überall sein Einfluß geltend. Die Grundlage des breiten volkdemokratischen Aufbaues, wie sie in den ersten Nachkriegsjahren vorhanden war, hat sich langsam verengt. Die Arbeiterchaft empfindet ganz deutlich das langsame Zurückdrängen. Wir sind heute recht weit vom sozialen Volksstaat entfernt, ja noch mehr, es scheint, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Demokratie sich zu entscheiden hat, ob wahrer Volksstaat oder Zersetzungsstaat.

Was hier gesagt ist, ist beachtlich, gerade auch angesichts der Gefahren in der deutschen Metallindustrie, die wahrscheinlich dem Reichsarbeitsminister Anlaß geben werden, in den Streit einzugreifen. Die Arbeiterchaft hat weithin das Vertrauen in den sozialen Willen der Arbeitgeber verloren und glaubt vielfach nur noch an deren Machtwillen.

Uebergehend zu der Stellungnahme von Stegerwald und Imbusch schreibt Benz:

Wenn die Massen heute ein so feines Empfinden haben für das, was in unserem jungen republikanischen Staatswesen vorgeht, so ist das leicht begreiflich, wenn man bedenkt, daß die Jahrzehnte hindurch politisch und wirtschaftlich im Exil leben mußten. Stegerwald und Imbusch, die beiden Interpreten der Arbeiterzentrumswähler, haben ein klares Bild gegeben von der Stimmung in der arbeitenden Bevölkerung. 1903 hat auf der Ausschüßung in Berlin das richtige Wort gesprochen: Die Stimmung der Arbeiterchaft ist im allgemeinen einheitlich. Stegerwald wie Imbusch haben kein Hehl daraus gemacht, zu sagen, daß manche Strömung im Zentrum nicht seinem Grundwesen als soziale Volkspartei entspricht. Sie haben hingedeutet, daß man in weiten Kreisen der Arbeiterchaft befürchtet, durch die gegenwärtigen Koalitionsverhältnisse werde wieder jener Geist in unser politisches Leben eingehen, der Klassen und Klassen bildet und den arbeitenden Menschen, anstatt ihn mit dem Staat und mit dem gesamten Leben des Volkes innerlich zu verbinden, auf die Seite stellt. Abgesehen von faktischen Fehlern, die begangen wurden, waren die Warnrufe durchaus angebracht, ja ein Gebot der Stunde, um Schlimmeres zu vermeiden. Sie haben gezeigt, daß das arbeitende Volk absolut nicht mehr gewillt ist, als das blinde Untertanentum zu gelten. Der Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei hat sich einer tiefen Gewissensforschung unterzogen. Imbusch, Stegerwald, Zoos, sie haben hier nochmals mit

größter Eindringlichkeit auf die sozialen Spannungen hingewiesen, auf das Mißtrauen, das die arbeitenden Volksschichten der heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung entgegenbringt. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit stand weithin im Mittelpunkt der Aussprache. Es wurde offen gesprochen, das ist erhellend. Vertuschungsmanöver haben in unserer Partei keinen Sinn. Je offener und einschließlicher an die Zeitaufgaben herangetreten wird, um so größer wird die Schlagkraft und Stärke des Zentrums sein. Eine Entschiedenheit, die im wahren Sinne des Wortes ein soziales Arbeitsprogramm großen Formats darstellt, war das Ergebnis der Aussprache.

Bei diesem Anlaß möchten wir doch auch kurz auf eine Aeußerung aus Baden in dem Berliner Organ „Der Deutsche“ zurückkommen. Dort war eine kritische Bemerkung im „Bad. Beob.“, die sich unter dem Gesichtspunkt der Parteidisziplin über eine Rede Imbuschs äußerte, in durchaus irreführender Weise interpretiert worden, als ob sich der „Bad. Beob.“ gegen die Aeußerungen des Abg. Imbusch an sich erklärt hätte. Das ist und war durchaus unrichtig. Der „Bad. Beob.“ hat in dem ganzen Streit keinen Zweifel daran gelassen, daß er für die vorgebrachten Beschwerden Verständnis hat, daß er aber ihre Form nicht durchweg billigen konnte. Dasselbe will wohl Benz sagen, wenn er oben von „taktischen Fehlern“ spricht, die er nicht decken will. Wir haben leider die Erfahrung gemacht, daß die Form jenes Vorgehens der Zentrumsfrage in gewissen Kreisen nicht vorteilhaft war und zu Mißverständnissen führte, die uns mancherlei zu schaffen machten. Doch wollen wir darüber nicht mehr rechten, da wir der Ueberzeugung sind, daß derartige Spannungen unbedingt zur offenen Aussprache kommen müssen. Zum Schluß heißt es in der „Tagespost“: „Es braucht der Zentrumsfrage wahrlich nicht bange sein um den Bestand ihrer Kerntuppen, solange sie sich aufgeschlossen zeigt für die berechtigten Forderungen des jungen republikanischen Deutschlands.“ Das Liebeswerben der Sozialdemokratie um die katholischen Arbeiter, das von neuem wieder einsetzte, als die Auseinandersetzungen im Zentrum begannen, ist vergebens. Wir haben Gott sei Dank denkende Menschen in den Reihen der Zentrumsarbeiterchaft, die sich nicht von jedem verblerberischen Lofruß verführen lassen. Ueber das eine muß sich aber auch die Parteiführung der Deutschen Zentrumsarbeiterchaft klar sein: Die unteren Volksschichten marschieren, sie sind in Bewegung, sie tragen einen politischen Lebenswillen in sich, der sich nicht mehr zurückdrängen läßt.

**Verreichlichung der Justiz**

Auf der Berliner Länderkonferenz wurde auch das obige Thema angeschnitten. Unter der Verreichlichung der Justiz hat man keineswegs die Reichseinheit zu verstehen; diese ist größtenteils ja schon erreicht. Wir haben seit 1871 ein einheitliches deutsches Strafrecht, seit 1879 die einheitlichen Prozeßgesetze und seit 1900 bekanntlich ein einheitliches Bürgerliches Recht für das ganze Deutsche Reich. Soweit die Einheitlichkeit noch nicht erreicht ist, wird sie sich auch infolge der örtlichen Verschiedenheiten innerhalb der Einzelstaaten nie ganz erreichen lassen. Man denke in dieser Hinsicht an die Sonderbestimmungen im Badischen Ausführungsgesetz zum B. G. B., über Nachbarrecht und was sonst mit dem Siegenrechtsrecht zusammenhängt und was den Eigenheiten der Verhältnisse unseres Landes Rechnung trägt; man denke ferner an unsere Behördenorganisation, so an das beliebte badische Notariat und die

Glut von Phantasie, welche eine Plastik der Bilder, welche ein Schwung in der Sprache trotz aller Einfachheit. Nun ist er stumm und lauscht voll Andacht. Er sieht, wie ihre Wangen sich röten, wie ihre Augen leuchten. Ihre Hände gleiten durch die Blätter. Und was sie berührt, das taucht sie in den Goldglanz ihrer zauberhaften Phantasie. Die Paläste Italiens füllt sie mit stolzen, edeln Granden. Sie sieht auf den Blättern die Marmorpaläste Venetiens, und obwohl sie nichts weiß von jenen ruhmumkränzten Herrschern von Volkes Gnaden, den Morosini, Falieri, Andrea Vendramin, nicht mehr als die kurzen, stützenhaften Schilderungen Paul Günthers ihr zu seinen Bildern erläutert haben, so sieht sie doch in ihrer Phantasie auf's Klarste die reichen, stolzen Gestalten jener Geln, die auf den glänzenden Fliesen des Säulenganges der Procurazien gewandelt haben. In den Zitronenhainen Spaniens sieht sie die dunkelblaugigen Schönen sich ergehen und hinter kostbarem Häher mit Augen voll Verliebtheit winken. Der Hochwald, wo unter grünen Bäumen die Dämmerung flüstert, birgt nicht nur den stolzen Sirich, das flüchtige Reh, sondern auch der Elfen und Nixen seltsam geheimnisvolle Gesellschaft. Auf moosigen Böden spielt silbernes Mondlicht, und Elfe und Elferich tanzen im weißen Licht in silbernen Mäntelchen wunderliche Reigen.

So bekommt jedes Bild seine eigene Deutung, und in die stillen, unbeweglichen Spiegel der Wirklichkeit springt unter dem Gepolder Mariffes das Leben mit all seinen bunten und seltsamen Formen.

So muß Paul Günther, der Künstler, sich von dem schlüchternen Kinde der Moormüde seine eigenen Bilder erklären lassen. Er steht und faunt und blickt auf Mariffe, und von seinen Lippen löst sich die Frage:

„Wer bist du, Mädchen, daß du solche Wunder in deiner Seele trägst?“

Da erwacht sie wie aus tiefem Traum und blickt ihn an. Und drückt die Hände auf ihre Brust und lächelt und schüttelt den Kopf.

„Er, ich weiß es nicht. Ich sehe das alles so vor mir.“

Und mit einer leidenschaftlichen Wallung legt sie beide Hände auf die Blätter.

„Sagen Sie mir, wer das gemalt hat. Ich möchte den Namen wissen und will ihn nie vergessen. O, wer das gemalt und alles wirklich gesehen hat, der muß wohl ein glücklicher Mensch sein.“

Da lächelt er still und stolz vor sich hin und deutet mit dem Finger auf den Namenszug, der klein und unscheinbar in der Ecke jedes Bildes steht. Da geht ein läches Eröten über ihr Gesicht, sie blickt ihn an wie erschrocken.

„D — Sie?“

Er nickt und lacht.

„Ach ja, ich hab' diese Blätter gezeichnet. Man hat sie viel gelobt, doch noch mehr getadelt — und, weiß Gott, die Tadler hatten vielleicht mehr recht als die Lober. Doch nie hat mir der Beifall der Kunstverständigen so viel Freude bereitet wie das Vergnügen meiner Moorseer an meinen Werken.“

Und nach einer Weile:

„Welches der Bilder mag nun wohl meiner Freundin am besten gefallen?“

Da schüttelt sie ernst und ein wenig trübe den Kopf.

„Ich weiß es nicht. Aber eins ist darunter, das macht mich zittern, wenn ich es anblicke. Dann muß ich an eine Zeit denken, die ist so fern wie ganz unklare vergessene Träume.“

(Fortsetzung folgt.)

## Baden

### Zentrum und Arbeiterwelt

In der „Freiberger Tagespost“ (Nr. 37) behandelt Arbeitersekretär R. Benz in einem Artikel „Um das soziale Zentrum“ die im Zentrum bestehenden Spannungen, die in letzter Zeit in Reden der Abg. Stegerwald und Imbusch zu Tage getreten sind, vom Standpunkt der badischen katholischen Arbeiterchaft. Wie das auch in Artikeln des Herrn Landtagsabgeordneten Heurich und des Herrn Feld (Steinach) im „Bad. Beob.“ öfters zum Ausdruck gekommen ist, betont auch Benz, daß die soziale Frage der Arbeiterchaft eine gesellschaftliche

## Das Moorgepenst

Roman von Heinrich Liaden.

O, wie der Mensch so schön sprach, so — gerade so wie der Herr Pastor. Jan glaubte selbst, daß der Vergleich wohl nicht so ganz richtig sei, doch er hatte keinen andern.

Paul Günther erzählte. Er erzählte von fernem Ländern, von gewaltigen Gebirgen, von tiefen geheimnisvollen Wäldern, von jener seltsamen ungläublichen Welt, wo der Himmel immer blau und die Menschen immer fröhlich sind. Und wie er das alles erzählen konnte! Jan, der Lauscher, haßte diese tiefe, klangvolle Stimme mehr als sonst etwas auf der Welt. Nicht aus Gründen, doch aus Instinkt. Dennoch war er nun ganz in ihrem Bann. Ah ja, wer in solcher Weise von solchen Dingen zu erzählen vermag, der hat gar leicht das Herz eines Mädchens erlangt. Und Mariffe wird, solange sie dieser Stimme lauscht, wenig an den stummen, einfältigen Jan Wohlten denken, der nichts kennt als sein Moor und von nichts zu reden weiß als von den armeneligen Dingen seines täglichen Lebens und hin und wieder von einem ganz kuriosen Gedanken.

Lange hält Jan dieses Zuhören aber nicht aus. Er versteht kaum noch, was Paul Günther spricht, doch er hat das Gefühl, als seien die Worte nichts anderes als süße Tändeleien, mit denen der Fremde seine Mariffe umflößt. Der Gedanke verzerrt ihm ein körperliches Unbehagen. Er gerät immer mehr in einen stillen Zorn. Er, der stets Bedächtige, möchte einen Streit mit dem Fremden vom Faun brechen. Er möchte ihn unter seine Fäuste zwingen, die Lippen zerlegen, die so süß zu reden wissen.

Doch das sind ja alles unmögliche Gelüste. Er erhebt sich mit einer schweren, müden Bewegung und starrt wieder nach Hause zurück, setzt sich in seine Kammer und grübelt vor sich hin, den Kopf zwischen den Fäusten. Und fühlt sich sehr elend und entsehtlich verlassen.

Währenddem hat sich im Hause Hein Wohlens das Bild ein wenig verändert. Hein Wohlten hat eifrig gelauscht. Hin und wieder aber hat er bedächtig die Frauen hochgezogen und ein wenig mit den Augen zu Günther hinübergeblinzt. Das sollte dann ungefähr heißen: „Nicht wahr, junger Herr, ein bißchen, so ein ganz klein bißchen ist doch wohl dabei gefunkert?“ Das sieht Paul Günther aber gar nicht, denn er sieht nur Mariffe. Hein Wohlten aber, dem beim Zuhören seine Pfeife immer wieder ausgegangen ist, läßt langsam den Kopf auf die Brust sinken und hält ein Nickerchen.

Inzwischen holt Günther eine Mappe aus seiner Kammer und breitet ihren Inhalt vor Mariffe aus. Da öffnet sich vor ihren Augen eine entzückende fremde Welt von Bildern. Landschaften aus aller Herren Länder, von genialen Künstlerhand auf Leinwand und Papier gezeichnet.

Vor diesen nie gesehenen Herrlichkeiten öffnet Mariffe dem Fremden ihre Seele. Sie, die bisher ihrer Befangenheit in seiner Gegenwart nicht ganz Herr werden konnte, steht nun auf einmal mitten in der Welt ihrer Wunder, und das macht sie frei. Sie, die bisher nur stumm und voll Andacht gelauscht hat, beginnt zu reden. Wie Silberwellen springen die Worte von ihren Lippen. Sie ist nun in ihrem Märchenlande, und da ist sie Königin und niemand über ihr.

Paul Günther glaubt vor einem Wunder zu stehen. Welch merkwürdige Menschen doch dieses Moor birgt! Wahrlich, dieses junge Mädchen ist eine Dichterin. Welch eine

**Grundbuchverfassung.** Es handelt sich bei dem Verlangen nach Verreichlichung der Justiz auch nicht um die Rechtsprechung in letzter Instanz. Diese ist ja durch das Gerichtsverfassungsgesetz seit 1879 gleichfalls durch das Reichsgericht verwirklicht; denn seit dieser Zeit können alle Rechtsstreite, die ihren Streitwert oder ihrem Gegenstand nach sich dazu eignen, in letzter Instanz aus allen Ländern des Reiches vor das Reichsgericht gebracht werden. Unter Verreichlichung der Justiz verstehen die Anhänger derselben, daß die gesamte rechtsprechende Tätigkeit von unten auf auf das Reich übertragen werden soll. Es handelt sich um den Richterstand; also darum, daß die Länder nicht mehr, wie bisher ihre Richter selbst ernennen sollen, sondern daß die Richter für das ganze Reich von einer Zentrale, von Berlin, aus zu ernennen seien. Die Gründe, aus denen die Verreichlichung begehrt wird, sind verschiedene. Bald wird die Politisierung des Richterstandes erstrbt, bald ist es die Sucht nach Mechanisierung des gesamten öffentlichen Lebens. Die Anwärter für die Richterlaufbahn glauben, vielleicht bessere Aussichten nach der Verreichlichung zu haben. Diese Aussicht ist indes zweifelsohne nicht vorhanden; jedenfalls nicht für die Anwärter aus den kleineren Ländern. Wir glauben kaum, daß diese in den größeren Ländern besonders freudige Aufnahme finden, glauben im Gegenteil, daß das Entlassen der Richter aus den großen Ländern vornehmlich aus Preußen nach den kleinen Ländern am häufigsten vorkommen würde. Es ist schon früher darauf hingewiesen worden, daß ein Vorläufer in dieser Hinsicht die Abtretung des badiſchen Militärkontingents an Preußen, im Jahre 1869 gewesen sei, in deren Folge alsdann die badiſchen Militärs nach kurzer Zeit in der Hauptſache nach Norden und Osten des Reiches verlegt und sie durch solche von dort her in Baden ersetzt wurden. Sei dem, wie ihm wolle, es handelt sich bei der Frage nicht um das Interesse der Juristen, sondern einzig und allein um das Interesse des Rechtsuchenden Volkes. Wir können den süddeutschen Richter nicht entbehren. Bei dem Richter handelt es sich weniger um Rechtskenntnisse und Rechtsauslegung; denn diese müssen wir bei jedem als selbstverständlich voraussetzen. Es handelt sich hauptsächlich um die Kenntnis und das Verſtehen der Bevölkerung.

Ist es heute schon mitunter schwierig, wenn ein in der Stadt aufgewachsener Richter sich mit dem Landvolk verständigen, seine Verhältnisse und Bedürfnisse würdigen soll, oder wenn ein aus dem Unterland stammender Richter im Oberland oder auf dem hohen Schwarzwald zu antworten hat und umgekehrt, wenn ein Mann aus den fränkischen und pfälzischen Verhältnissen im Unterland meistern soll. Wie wird es aber erst aussehen, wenn die Professoren aus Berlin und Süddeutschland nach dem deutschen Süden kämen und hier in den ihnen völlig fremden Eigenheiten unserer Stadt hauptsächlich aber der Landbevölkerung Recht sprechen sollten. Vor Jahren mußte einmal in einem bekannten Prozeß in Berlin bei der Vernehmung von Zeugen aus Oberbayern Dolmetscher zugezogen werden. Der Fall blieb nicht vereinigt, wenn nach Verreichlichung der Justiz die Richter aus dem Norden im Süden zur Amtierung kämen.

Auf das Programm des nächsten Juristentages in Salzburg ist die Frage gestellt, ob sich im Interesse der Justiz die Verreich-

lichung empfehle. Wenn das Thema unter dem Gesichtswinkel des Interesses des rechtsuchenden Volkes, insbesondere im Süden, behandelt wird, so kann die Frage nach Verreichlichung unseres Erachtens nur verneint werden.

Die Deffentlichkeit hat allen Anlaß, der Frage ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und darauf zu achten, daß sie nicht durch die Begriffsverwirrung, als handle es sich um die Herbeiführung der Rechtsreinheit, irregeführt wird.

**Die Verminderung der Zahl der Oberpostdirektionen**

Berlin, 13. Febr. Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost hat nach dreitägigen Verhandlungen dem Vorschlag für 1928 zugestimmt. Er hat ferner die Denkschrift über die Verminderung der Zahl der Oberpostdirektionen zur Kenntnis genommen, ohne dazu bindende Beschlüsse zu fassen. Der Reichspostminister erklärte hierbei als die Absicht der Reichsregierung, die Aufhebung von Oberpostdirektionen nicht etwa für sich durchzuführen, sondern als einen Teil der im Vollzuge der Länderkonferenz zu ergreifenden Verwaltungs- und Finanzreform in Reich und Ländern. Die Reform der Oberpostdirektionen wird daher in enger Fühlung und im Gleichschritt mit den übrigen beteiligten Verwaltungen und den Regierungen der beteiligten Länder durchgeführt werden. Die Denkschrift wird nunmehr dem Reichstag vorgelegt werden. Hierauf werden die Verhandlungen mit den übrigen beteiligten Verwaltungen aufgenommen werden.

**Einweihung des Neubaus der Oberpostdirektion Stuttgart**

Stuttgart, 13. Febr. Der nach 2½-jähriger Bauzeit auf dem Plage des alten Bahnhofgeländes fertiggestellte 11 Stockwerke hohe Neubau der Oberpostdirektion und des Postzustellamtes in Stuttgart, des ersten Hochhauses in Süddeutschland, wurde heute vormittag feierlich eingeweiht. Staatspräsident Dr. Hatzfeld überbrachte die Glückwünsche der württembergischen Regierung und erinnerte dann die Reichspostverwaltung an die Erfüllung des Staatsvertrages mit Württemberg. Es sei jämerlich, daß das Reich seine Schulden bis heute noch nicht bezahlt habe. Staatssekretär Sauter überbrachte die Wünsche des Reichspostministers und führte aus, daß das Reich mit der Vollendung dieses Baues die eine Seite des Staatsvertrages, nämlich die übernommenen baulichen Verpflichtungen, erfüllt habe. Ueber die im Staatsvertrag enthaltene Summe müsse nach der Inflation eine neue Vereinbarung herbeigeführt werden. Das Reich warte hier auf Vorschläge der württembergischen Regierung.

An die Feier schloß sich ein Rundgang durch das neue Gebäude.

**Zusammenstoß zwischen Straßenbahnwagen und Lastauto**

Weimar, 13. Febr. Gegen 17 Uhr nachmittags bog ein elektrischer Straßenbahnwagen in die Kurve an der Kreuzung der Sophienstraße ein, als von der Buttelstedterstraße ein Lastauto des Telegraphenamtes,

das mit acht Arbeitern besetzt war, die Straße überquerte. Das Auto blieb mit der Motorhaube an dem Straßenbahnwagen hängen, und der obere Teil des Lastwagens stürzte vom Untergerüst ab und überschlug sich. Die Arbeiter wurden auf die Straße geschleudert und verletzt. Sie mußten sämtlich ins Krankenhaus gebracht werden, wo zwei von ihnen in schwerverletztem Zustande verbleiben mußten. Immerhin sollen die Verletzungen nicht lebensgefährlich sein. Die übrigen Arbeiter wurden leichter verletzt und konnten nach Anlegung von Verbänden wieder entlassen werden.

**Lucitate vor Gericht.**

Berlin, 13. Febr. Zu der Nachricht, daß gegen den Fabrikanten von Lucitate Anklage wegen unlauteren Wettbewerbs und Betrugs eingeleitet sei, erfahren wir von beteiligter Seite, daß der Fabrikant Dr. Hiller im Laufe des bereits seit längerer Zeit schwebenden Ermittlungsverfahrens auch von sich aus alles getan hat, um das Verfahren zu fördern. Ihm selber sei eine gerichtliche Erklärung sehr erwünscht.

**Zwei Bergleute tödlich verunglückt**

Bochum, 13. Febr. Auf der Krupp'schen Zeche „Gannibal“, Schacht 1, sind zwei Bergleute beim Abtaufen in den Stempel hinabgestürzt und konnten nur als Leichen geborgen werden. Beide waren verheiratet. Während der eine Frau und zwei Kinder hinterläßt, ist die Frau des anderen erst vor 14 Tagen gestorben. Dieser Mann hinterläßt zwei kleine Kinder.

**Spiel und Sport**

**Deutscher Jugendhof**

**Gau Mittelbaden**

**Gautag des Gau Mittelbaden.**

Am letzten Sonntag fand der ordentliche Gautag in Forstheim statt. Derselbe wurde um 10 Uhr mit einem Gottesdienst eingeleitet, den der hochw. Herr Bezirkspriester Kaplan Dörfner hielt. In seiner Predigt über den Zweck und Ziele unserer D.V.S. waren allen aus dem Herzen gesprochen. Nach dem Gottesdienst begannen die Ausschüßungen für Turnen, Leichtathletik, Handball, Fußball und Fußball im katholischen Sehlingsheim, welche um 1 Uhr beendet wurden. Von da aus ging es in den städtischen Saalbau zum Mittagessen. Um 2½ Uhr eröffnete in Vertretung des erkrankten Gauleiters der hochw. Herr Gaupriester Professor Rothweiler den Gautag. Er begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Vertreter unserer Vereine, besonders begrüßte er den Vertreter des Kreises Baden, Herrn Hauptlehrer Krautheimer aus Freiburg, sowie den Vertreter des Ortsausschusses für Reichsbildung Herrn Birle aus Forstheim, die Grüße vom hochw. Herrn Kreispräsidenten, Herrn Kreispräsidenten und Ortsausschüß für Forstheim überbrachten. Anwesend waren 31 Vereine mit 53 Vertretern. Nach Bekanntgabe des Protokolls vom letzten Gautag gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick und Ausblick über die Tätigkeit der D.V.S. Es folgten die Berichte der Parte, des Leiters und des Gaugeschäftsführers. Die Remunerationen erbrachten folgendes: Mit Ausnahme eines Beiführers blieben alle Herren des Gauvorstandes in ihrem Amt. Ein Vertreter des Bezirks Bruchsal wurde neu gewählt. Herr Raaber-Eitlingen scheidet dafür aus. Herr Hartweg-Karlsruhe und Walter-Eitlingen wurden zu Turnwarten gewählt. Auch der

bisherige Spielausschuß, Herr Jittel-Ruggensturm, wurde wiedergewählt. Nach Erledigung der eingelaufenen Anträge kamen verschiedene Anregungen über Satzungen, Verwaltung und auch verschiedene Anfragen. Nach einer vierstündigen Tagung schloß der Vorsitzende um 17 Uhr den gut verlaufenen Gautag. Der nächste Gautag im Jahre 1929 findet in Baden-Baden statt.

**Die neue Flug-Weltrekordrangliste**

**Deutschland an der Spitze**

Im Herbst 1927 ging die Führung in der Weltrekordliste, die Deutschland längere Zeit innegehabt hatte, mit dem Vorprunge von einem Rekord an Amerika über. Durch die neuesten Erfolge hat sich nun Deutschland wieder mit erheblichem Vorprunge an die Spitze gesetzt. Durch die letzten Rekordversuche der Dornier-Flugzeugwerke wurden insgesamt 12 neue Rekorde aufgestellt. Deutschland eringt dadurch allerdings nur 11 Rekorde mehr, da es sich bei einem Rekord um eine bisher von Junkers gehaltene Höchstleistung handelt.

Deutschland verfügt heute über insgesamt 31 Welthöchstleistungen, an denen Dornier mit 12, Rohrbach mit 9, Junkers mit 7 und Büssing mit 3 Rekorde beteiligt sind. Die Rekorde wurden aufgestellt: 13 mit Wasserflugzeugen, 15 mit Landflugzeugen und 3 mit Leichtflugzeugen. Besonders bemerkenswert ist, daß bei einem Dornierrekord die höchste bisher mit Wasserflugzeugen transportierte Nutzlast, nämlich 4000 Kilogramm auf 2900 Meter Höhe geschleppt wurde; das Flugzeug startete außerdem bei einem Verbrauch mit einer Nutzlast von 6000 Kilogramm.

Die Rekorde beziehen sich fast durchweg auf Mitnahme von Nutzlast und deren Beförderung mit höchster Geschwindigkeit, größter Dauer und auf größter Strecke. Von Weltrekorden ohne Nutzlast hält Deutschland 2 und zwar die Rekorde der Junkersflugzeugwerke für größte Dauer und für die größte Strecke in geschlossener Bahn mit einer Differenz von mehr als 10 Rekorde.

Auch bezüglich der Flieger, welche diese Rekorde aufstellten, ist Deutschland den übrigen Ländern weit voraus. An erster Stelle steht der Dornierflieger Wagner mit insgesamt 16 Rekorde, von den 4 mit dem Wasserflugzeug Dornier-Merkur auf das Konto der Schweiz gehen; die zweite Stelle hält der Rohrbachpilot Seidenroff mit 9 Rekorde. Erst dann folgen Kasne (Frankreich) mit 6 und Connel (Amerika) ebenfalls mit 6 Rekorde.

**f. C. Bayern München beim K. f. D.**

Die berühmte Münchner Bayernmannschaft trägt am kommenden Sonntag hier gegen den Badischen Meister das fällige Spiel um die Süddeutsche Meisterschaft aus. Damit wird der Höhepunkt des fußballportlichen Geschehens dieser Saison in der Landeshauptstadt heraufgeführt werden. Die Bayern sind nicht nur die beste Münchner Elf, sondern sie haben sich von Beginn an mit beachtlichem Vorprunge an die Spitze der Tabelle gesetzt, die sie bis heute ungeschlagen behauptet haben. Das elegante, flüssige Angriffsplay hat die Rothosen sehr gefährlich und bei allen sachverständigen Zuschauern außerordentlich populär gemacht. Es kann damit gerechnet werden, daß der Bayernsturm in seiner stärksten Besetzung gegen den K. f. D. antreten wird. Der Dornierflug ist bei Vogel, Kaffner und Bekir eröffnet.

**Zum Rücktritt von W. C. Gerst**

Die (von uns bereits gebrachte) Mitteilung, daß der Generaldirektor des Bühnenvolksbundes Herr W. C. Gerst den Bundesvorsitzenden Staatsminister a. D. Dr. Voelckh mit Hinweis auf die öffentlichen Angriffe der letzten Wochen gebeten hat, ihn von seinem Posten als Geschäftsführer des Bühnenvolksbundes zu entbinden, mag der breiten Deffentlichkeit überraschend gekommen sein. Für diejenigen, welche die schwierige Situation bei der zentralen Bundesleitung in Berlin etwas besser kennen, ist der Rücktritt Gerst jedoch keine Ueberraschung gewesen. Daß er über kurz oder lang einmal unbedingt erfolgen mußte, war allen klar, welche einen genaueren Einblick in die Zustände hatten.

Nach der Generalversammlung des Bühnenvolksbundes im Herbst 1926 in Mainz freilich schien es, als ob nun alle Schwierigkeiten in der Zentralleitung beseitigt gewesen wären. Bekanntlich waren damals kurz vorher die langjährigen Vorstandsmitglieder des BVB, Direktor Emil Ritter und Universitätsprofessor Dr. Robert Großje ausgetreten und hatten ihre Ämter niedergelegt mit einer öffentlichen Erklärung, daß sie mit dem Generaldirektor Gerst nicht länger weiter zusammenarbeiten könnten, da eine sechsjährige Erfahrung sie davon überzeugt habe, daß Herrn W. C. Gerst die persönliche und sachliche Eignung einer interprofessionell-ökologischen Kulturorganisation fehle. Dieser Austritt der beiden volkswirtschaftlich führenden Herren machte damals großes Aufsehen und ließ die seit langem bestehende Krise in der Leitung des BVB deutlich werden. In Mainz wurde dann auf der Generalversammlung eine Vereinigung der hervorragensten Zustände herbeigeführt, die auch zunächst gelungen schien. Eine neuer Bundesvorsitzender wurde in der Person des ehemaligen Kultusministers Dr. Voelckh gefunden, eine Satzungsänderung brachte einschneidende Bestimmungen über die Rechte des Geschäftsführers, die sehr wesentlich beschränkt wurden; kurz, damals schien, zumal die zurückliegenden Streitfälle im Schiedsverfahren ihre Erledigung fanden, der Boden neu bereitet zu und beschleunigter sachlicher Arbeit.

Aber es dauerte nicht lange, da entstanden sehr schwere Kräfte und Kämpfe, die nicht zuletzt

darin ihre Ursache hatten, daß der Generaldirektor Gerst trotz der Beschränkung seiner sachungsgemäßen Rechte sich nicht damit begnügte, sich auf dem Gebiet der Organisation und Propaganda zu betätigen, sondern sich in rein künstlerische Angelegenheiten einmischte und in heftige Polemiken verwickelte. Bekanntlich fand er dabei nicht nur die Gegnerschaft der gesamten Linkspreſſe, sondern auch der „Germania“ und des „Deutschen“. Wenige Monate darauf hatte Generaldirektor Gerst durch einige neue Zwischenfälle auch die Rechtspreſſe gegen sich. Kurz vor Ende des Jahres wurde bekannt, daß inwischen auch der führende Vertreter der evangelischen Kreise im Vorstand des Bühnenvolksbundes der Marburger Pfarrer Dr. Karl Bernhard Ritter von seinem Posten zurückgetreten war unter einer Begründung, die ganz ähnlich lautete, wie seinerzeit die der Herren Dr. Großje und Direktor Ritter. Die Verlautbarung dieses Austritts hat in besonderem Maße die Rechtspreſſe sehr erregt und in ihr verschiedene scharfe Urteile gegen die Persönlichkeit und die Amtsführung von Generaldirektor Gerst geäußert. Besondere Aufsehen machte er in der „Berliner Tag“ vom 25. Januar erschienenen Aufsatz von Dr. Arbeit Richter „Der entsetzte Generaldirektor“, der von ausfallender Schärfe war, genau wie ein jetzt am 4. Februar im Berliner Lokalanzeiger veröffentlichter Artikel „Der Diktator des Theaters“ von Dr. Wilhelm Stapel.

Diese letzten Angriffe, die Sachliches mit Persönlichem, Kulturfragen mit politischen Fragen sehr vermischen, haben nun Herrn Generaldirektor Gerst demogen, um seine Demission einzukommen. Der Bühnenvolksbund beruht mit ihm diejenige Kraft, die ihn mit Fähigkeit und großem Organisationsstolz groß gemacht hat. Es ist niemals von den zahlreichen Gegnern Gersts sein Gehalt für Propaganda und Organisation bestritten worden. Sein größter, wenn auch nicht sein einziger Fehler war, daß er sich nicht auf das Gebiet der Organisation beschränkte, sondern auch die geistig-künstlerische Arbeit des Bundes mitbestimmen wollte, wozu seine Qualitäten nicht ausreichten. Mangels sachlicher und sachlicher Kenntnisse auf den geistigen und künstlerischen Gebieten, wie sie zum Aufgabebereich der Bühnenvolksbundesarbeit gehörten, verjagte er hier noch rein organisatorisch-konstruktiven Methoden zu arbeiten, woraus sich andauernde Verwirrungen und Verwicklungen ergaben. Anderer-

seits stand die großzügige organisatorische Arbeit Gersts auch in einem Verhältnis zu der Finanzkraft des Bundes. Der am 31. Juli 1927 erfolgte Ausweis über das Rechnungsjahr 1926/27 zeigt einen Verlust von 148 000 Mark! Besonders unwirtschaftlich arbeitete der Vorstand des Bühnenvolksbundes, der 26 000 Mark Unkosten verursachte, aber nur einen Umsatz von 19 854 Mark an Wärdern erzielte! Diese durch die letzten Veröffentlichungen gegen Gerst in die große Deffentlichkeit gebrungenen Zahlenangaben werden mit einer Hauptursache gewesen sein, daß Gerst sich jetzt zur Demission entschlossen hat. Hinzu kam noch die von ihm selbst zugegebene Tatsache, daß einem Herrn, den Generaldirektor Gerst in seine Wohnung geladen hatte, dort aus der Affenmappe Material entnommen wurde, das dann Gerst zu einer Polemik gegen den Botschaften verwandte. Das Bekanntwerden dieser Tatsache hat auch viele, die bisher immer unentwegt auf Gerst Seite standen, bestimmt, sich von ihm abzuwenden. So sah sich Gerst einer zunehmenden Isolierung ausgesetzt und hat es vorgezogen, nun angeichts der nicht leicht zu nehmenden Angriffe gegen seine Person die Konsequenzen zu ziehen.

Sicher hat er mit diesem Schritt der ganzen Bewegung des Bühnenvolksbundes einen Dienst erwiesen. Es fallen für den Bund künftig alle die Schwierigkeiten weg, die allein durch die Person und die so oft Widerspruch herausfordernde Arbeit Gersts hervorgerufen worden waren. Andererseits soll nicht bekannt werden, daß der Ausfall der großen organisatorischen Kraft des bisherigen Generaldirektors nur schwer zu ersetzen sein wird und daß es darum einer weit größeren aktiven Führung durch den Vorstand künftig bedarf, wenn der Bühnenvolksbund seinen Einfluß und seine Wirksamkeit behaupten will.

sichbaren Darstellung und damit zu einer moderneren Wirkung zu bringen. In Breslau gab man jüngst mit großem Erfolg nach diesem Muster „Händels „Samion“, in Hannover seinen „Saul“. Die ziemlich ermüdende, durch den nicht sonderlich erregenden Stoff und die Monotonie des Oratorienstils verursachte einseitige Finanzprognose des Gebirgs verdrängt diesen Wunsch auch nach der Seite des physischen Annehmbareren. Man lasse sich auch einmal die Einführung einer Händelischen Oper, z. B. des „Julius Caesar“ angelegen sein, und man wird sehen, daß die überall vernehmbare „Händelrenaissance“ auch in Karlsruhe dankbare Aufnahme und ein Mitgehen in der allgemeinen „Händelbewegung“ findet.

Wenn man die ungeheuren Schwierigkeiten berücksichtigt, die der „Samion“ für Chor, Orchester und Solisten in sich trägt, so darf man der Aufführung, die als 7. Sinfoniekonzert in der Reichshalle stattfand, seine Anerkennung nicht verweigern. Wenn gleichwohl die zündende Wirkung ausblieb, die der ersten Londoner Aufführung im Jahre 1743 unter dem begeisterten Applaus des Hofes und der englischen Aristokratie beschieden war, dann liegt der Grund in der bereits angedeuteten Verfeinerung unseres heutigen musikalischen Geschmacks, der es sich nicht mehr zutragen kann, einem noch so wehrhaften und seltigen Klagegesang fundenballen Gehör zu schenken, auch wenn ihm komponistisches alles getan ist, um in einem spannungsvollen Wechsel instrumentaler und vokaler Stimmführung eine dramatische Belebung und atmosphärische Eigenfolge zu erzielen. Gleich man also von diesen im Stoff und Stil gegebenen Bestimmungen ab, muß die gigantische Bemühung des Werkes hohes Lob verdienen. Der Chor als Hauptträger und Verdeutlicher der Sinfoniestimmung löste seine Aufgabe, einige „Säulen des Orchesters“ abgerechnet, ganz vorzüglich. Ebenso machten sich die solistischen Stimmführer Marie Fanz, Magda Strad, Franz Schuster und Wilhelm Rentwig (Samion) um die Aufführung verdient. Generalmusikdirektor Krüger, für solche Nebenaufgaben nachweislich in hohem Maße geeignet, hielt den umfangreichen Apparat mit fester Hand zusammen und ließ den einzelnen Partien des Oratoriums eine plastische Apparatierung zuteil werden. Begleitender Applaus löste alle Mitwirkenden, an der Spitze den Dirigenten, beidermaßen.

**Aufführung von Händels „Samion“**

**Als 7. Sinfoniekonzert**

Händels „Samion“ Oratorium galten diesmal die ausgereiften Bemühungen des Landes- theaterorchesters in Verbindung mit dem Bachverein und dem Theaterchor. Das Ergebnis der 2½stündigen Aufführung legte den Wunsch nahe, das Oratorium durch eine szenische Bearbeitung auf die gegenständlichere Basis einer Hör- und





# Chronik

**Jöhlingen, 14. Febr.** (Theateraufführung.) An den beiden vergangenen Sonntagen brachten hiesige Jungfrauen das Schauspiel „Die Räuber im heimlichen Grunde“ zur Aufführung. Der Saal des Elisabethenhauses war jeweils bis zum letzten Platz gefüllt. Die Rollen wurden vom Herrn Ortsparterer und den Schwestern des Elisabethenhauses vorzüglich eingeübt, und die Spielerinnen brachten die schönen, abwechslungsreichen Szenen zur wirkungsvollen Geltung. Das Lustspiel „Die Welt geht unter“ erzielte zum Schluß große Gelertheit.

**Wallraf bei Wiesloch, 14. Febr.** (Auto-Brand.) Auf der Straße nach Neilingen geriet das Auto des Mechanikers Stern aus Hohenheim offenbar infolge einer Explosion am Bergwerk in Brand. Personen kamen nicht zu Schaden. Der Wagen wurde vollständig zerstört.

**Weinheim, 14. Febr.** (Das jagdbare Ruffion-Wild.) Zur Unternehmung trat hier ein Transport Ruffion-Wild an. Die Tiere werden nach dem hinteren Odenwald abtransportiert und im Katzenbuechelgebiet ausgesetzt werden, womit die Fauna unserer Heimat eine interessante Bereicherung erfährt. Vorläufig besteht Abschussverbot.

**Weinheim, 14. Febr.** (Diamantene Hochzeit.) Schachmeister a. D. Heinrich Seel und Gattin feierten das Fest der diamantenen Hochzeit.

**Zauberschießheim, 14. Febr.** (Eisenbahnwünste.) Ueber das alte Bahndauersprojekt Röhreim-Garheim, das auch in dem von der Reichsregierung aufgestellten Reichsbahnprogramm Aufnahme gefunden hat, soll den zuständigen Stellen demnächst eine Denkschrift vorgelegt werden. Auch soll eine Abordnung nach Berlin schicken, die wegen beschleunigter Ausführung der genannten Bahnstrecke bei der Reichsbahnverwaltung und Reichsfinanzminister Dr. Brücker vorstellig werden soll. Die Baukosten sollen sich auf 3,75 Millionen Mark, ein im Verhältnis zu den Kosten anderer Bahndauersprojekte nicht allzu hoher Betrag. — Ueber die Bahnstation Dierdörfer-Merchingen und Merchingen-Ballenberg, Erlenbach, Oberndorf, Assantadt-Merchingen, sowie Waldkirch-Zauberschießheim fanden in Merchingen beginn, Waldkirch Besprechungen statt, wobei der feste Wille zum Ausbruch kam, nicht eher zu ruhen, bis die beschleunigten Forderungen auf Erschließung der Gegend durch den Bau von Bahnen erfüllt sind. Man ist entschlossen, auch diese Forderungen an den zuständigen Stellen in Berlin mündlich vorzutragen.

**Zauberschießheim, 14. Febr.** (Angelegenheit.) Beim Wahnwahn in der Nähe von Redersheim ist der 21. Jahre alte Hermann Baumhufsch von hier schwer verunglückt. Durch Verhinderung hatte er sich schwere innere Verletzungen zugezogen, denen er nun erlegen ist. Der allzeit fröhliche junge Mann hatte den Plan gefaßt, im kommenden Frühjahr nach Kanada auszuwandern. R. I. P.

**Baden-Baden, 14. Febr.** (Um die Eingemeindung von Baden-Dos.) Am 29. Februar wird sich auch der hiesige Bürgerausschuß mit der Frage der Eingemeindung von Dos beschäftigen. Die Eingemeindung soll Mitte April erfolgen.

**Mehl, 14. Febr.** (Die Straßburger Festungswälle.) Am Necker Tor werden demnächst die letzten Leberbleibsel des Wallpöppers abgetragen. Die Befestigung desselben wird Arbeitslosen einen willkommenen Dienst sichern. Auch an der Südwestseite der Stadt ist mit der Abtragung der Wälle und teilweisen Fällung der Wallgräben begonnen. Beim Schirmmeister sind die Arbeiten begonnen. Nach Abtragung der Erdwälle wird der darauffolgende Wallgraben durch Erdaufschüttung zu beiden Seiten auf 8-12 Meter verengt. Dadurch fällt das künftige Meer ziemlich scharf ab. Der Wallgraben soll erhalten bleiben, da er das Abwasser der Kanalisation von Königshofen und Dornenburg aufnimmt und weil er als Regulator bei Hochwasser dient. Der Wasserlauf soll gründlich gereinigt werden und durch systematisches Ausbaggern ein besseres Gefälle erhalten. Das durch die Verengung des Wasserlaufes gemommene Gelände soll für Schrebergärten Verwendung finden. Mehr als 185 000 Kubikmeter Erde sind erforderlich, um die geplanten Arbeiten durchzuführen. Rund 100 Arbeitslose werden beschäftigt.

**Haslach, 13. Febr.** (Der Leutnant von Hasle.) Wo man in Haslach hinsteht, ist alles mit den letzten Vorbereitungen in größter Tätigkeit und die Kaiserlichen und Schweden überdauern sich in der historischen Ausrüstung. Ein äußerst lebenswetter Vorgang wird der 5. Schutzbataillon der Schweden und das Gefecht, das sich dabei abspielte, sein. Das alte „Neutor“ vor der Stadt, sowie Bastionen, wie sie früher bestanden haben, werden in besonderer Aufmerksamkeit wieder errichtet und von Scharfschützen, Bürgerfrauen, Bergleuten und Bauern, voran der Leutnant von Hasle, verteidigt werden. Eine ergreifende Szene wird das Wiederfinden und Wiedererkennen von Mutter und Sohn, der alten Kappenwirtin Elisabeth und ihrem Dienstherrn, dem Leutnant von Hasle, sein. Ist das Wetter uns gewogen, so wird es am Festnachmittag eine Aufführung geben, wie sie im Ringelsteine noch nie gesehen worden ist. Es sind jetzt 700 Mitwirkende mit 6 Musikchören und mehreren Trommlerabteilungen.

**Haslach, 13. Febr.** (Ein eigenartiges Erlebnis.) Auf dem Weg zur Eisenbahn hatten Schläfer ein eigenartiges Erlebnis. Oberhalb der „Bachhütte“ fielen hohe Felsen steil zur Straße ab. Als die Schläfer an dieser Stelle waren, sahen sie plötzlich in einer kleinen Schneewolke einen dunklen schwebenden Gegenstand herabfliegen, der einige Schritte vor ihnen zu Boden fiel. Die Beobachtung war groß, als sich der dunkle Gegenstand als ein Reh entpuppte, das anscheinend auf den vereisten Felsen ausgeglitten war. Auf einer aus Schindeln gemachten Tragbahn brachten die Wanderer das verletzte Tier zur Schmied.

**Haslach, 13. Febr.** (Das Rathaus durch Gelfsturz bedroht.) Die Bewohner der Häuser in der Nähe des Rathauses wurden heute in aller Frühe durch ein heftiges Getöse geweckt. Es stellte sich heraus, daß der hinter dem Rathaus sich erhebende hohe Gelfsturm dem auf ihm errichteten Tor-

hohengebäude und mehreren alten Gebäuden der Domänenverwaltung herabgestürzt war. Die abgeplitterten Steinmassen fielen in den Hof des Rathauses, das besonders im Innern stark beschädigt wurde. Der Druck, den die Gelfmassen auf die hintere Wand des Rathauses ausübten, läßt befürchten, daß das untere Stockwerk eingedrückt wird. Es wurden alsbald umfangreiche Absteifungen vorgenommen, um dieser Gefahr zu begegnen. Die Deden und Fußböden des Rathauses zeigen in allen Stockwerken schwere Schäden.

**Bonnorf i. Schw., 14. Febr.** (Innere Stadtgemeinde steht in den Vorbereitungen auf Festnacht, an welcher auf dem Rathausplatz eine Vollversammlung des Ruffionwesens stattfinden wird, die sicher auf die Umgebung eine große Anziehungskraft ausübt. — Der Sturm, der in der Nacht vom 8. auf den 7. Februar über die Schwarzwaldhöhen wogte, hat dem Gemeindegeldbeutel einen gar nicht unempfindlichen Überlaß verschafft. Er hat die starke Eisenstange mit dem über einen Zentner wiegenden Löwen auf dem Turm des Schulhauses seitwärts gezogen. Zur Wiedergutmachung des Schadens ist es notwendig, den Turm mit einem Gerüst zu versehen, da keine andere Möglichkeit besteht, die Reparatur auszuführen.)

**Bonnorf i. Schw., 14. Febr.** (Einen schönen Nebenverdienst hatte in der Nacht auf den Sonntag ein hiesiger Bürger. Bei dem Schneestreiben am Samstag abend war ein Autofahrer, in dem Bestreben einer Schneewächte auszuweichen, die er für den Straßengraben gehalten hatte, in den Straßengraben gefahren. Da das Auto nicht allein herauskommen konnte, wurde die Hilfe eines Ebnetar Bürgers angerufen, der den Wagen mit zwei Pferden rückwärts herauszog und ihn dann bis zum schließenden Rad Vorpostendienst leitete. Für diese Hilfeleistung hat der noble Autofahrer dem Bauernmann den schönen Betrag von 25 Mark als Entgelt und Geschenk bezahlt.)

**Breitenfeld (Amt Waldshut), 14. Febr.** (Unfall.) Am Samstag nachmittag erlitt der 18 Jahre alte Sohn des Gemeindegeldbesizers Kromer dadurch einen Unfall, daß er beim Spielen vom Heutisch in den unterliegenden Heugießer fiel, der ihm in den Oberkörper drang. Da das Instrument durch den Widerstand nicht herausgezogen werden konnte, mußte der Junge in seiner unglücklichen Lage verbleiben, bis ärztliche Hilfe zur Stelle war und ihn daraus befreite.

**Bühl, Amt Waldshut, 13. Febr.** (Langjährige Dienstzeit.) Herr Wilhelm Kilmann, Landwirt und Kaufmann in Bühl, steht nun im 35. Dienstjahre als Bürgermeister der Gemeinde Bühl. Herr Kilmann machte nie viel von sich zu reden, sondern er war immer bescheiden. Möge Herr Bürgermeister Kilmann noch recht lange im Amte bleiben zum Wohle und Segen der Gemeinde.

**Landshut, 14. Febr.** (Lang unter französischer Aufsicht.) Als sich am letzten Sonntag in Wittenhausen drei französische Soldaten in eine geschlossene Dampfgesellschaft hineindrängten, kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Bald darauf erschien vom Munitionslager Kilmann ein Kommando von 15 Soldaten mit aufgestellten Bajonetten, die das Lokal besetzten. Unter heftiger Beschussung wurde bis 3 Uhr morgens fortgesetzt, bis nach Beilegung der Angelegenheit durch die Disziplinäre die Truppe sich entfernte.

**Ludwigshafen, 14. Febr.** (Herausgeberzeugung für die Pfalz.) In der Pfalz steht die Gründung einer Gesellschaft zur Verbreitung der Gasfernheizung für die Pfalz nahe bevor, nachdem bereits von Seiten des Industriegebietes diesbezügliche Verhandlungen mit der Stadtverwaltung Ludwigshafen vor sich gegangen sind. Man neigt jedoch mehr zum Gasgebiet als Kohlen- und Gasproduzent. — (Eoher Theaterbau in Ludwigshafen.) Der Stadtrat genehmigte mit übergroßer Mehrheit die Errichtung eines Theaterhauses auf dem Jubiläumsspielfeld an der Rheinbrücke. Der Baubeginn soll Anfang März erfolgen.

**Maagen, 14. Febr.** (Mutige Fastnacht.) In der Frühe des Montag wurde hier in der Lammingerstraße beim Schulhaus ein Mann, angeblich ein Vorkracher, mit einer Stichverletzung im Unterleib aufgefunden. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus überführt. Der Fall bedarf noch der Aufklärung.

**Berlin, 14. Febr.** (Polizeihauptmann Gester strafverurteilt.) In dem Disziplinerverfahren gegen Polizeihauptmann Gester wegen seiner Beziehungen zu der früheren Gattin Volkmann erkannte heute der Disziplinarrat für nichtrichtliche Beamte auf Strafverurteilung Gesters in ein anderes Amt von gleichem Range und Kürzung des Gehalts in Höhe von zehn Prozent auf die Dauer von fünf Jahren. — Selbst gesteht hat sich der 68jährige Kaufmann Bernhard Winter, der Inhaber eines Lombardhauses in der Friedrichstraße 288, der seit Mitte voriger Woche nach Aufdeckung der Schwindtaten in seinem Betriebe verschunden war und vergeblich gesucht wurde. Winter erschien um 1 1/2 Uhr mit seinem Anwalt auf dem Polizeipräsidium und stellte sich zur Verfügung.

**Berlin, 14. Febr.** (Das Autounglück am Reichstagsufer.) Die Autodrochse, die bei dem Autounglück am Reichstagsufer am Sonntag in die Spree gestürzt ist, ist jetzt gehoben und von der Polizei sichergestellt worden. Der hintere Kotflügel weist an einer Stelle einen Eindruck auf. Ebenso wurde der Wagen des Droischendruckers näher untersucht, der hinter dem verunglückten Fahrzeug hergefahren ist und im Verdacht steht, durch Anstreifen an den vorausgehenden Wagen das Unglück verursacht zu haben. Dieser Wagen weist eine Beschädigung der vorderen Stoßstange auf. Jedoch erklärt der Chauffeur, daß diese Beschädigung schon älteren Datums sei, was auch von anderen Personen bestätigt wird. Der Schaden scheint auch bereits mit Oelfarbe überstrichen gewesen zu sein. Der Kaufmann Cinius, der sich aus dem Unglückswagen hatte retten können, während seine Frau und sein Kind erkrankt, ist heute vernommen worden. Er war aber infolge seines seelischen Zustandes noch nicht fähig, eine eingehende Darstellung des Unglücks zu geben.

**Aus dem Gfah, 13. Febr.** (Ein Kind verbrannt.) In Barmheim im Oberpfalz hatte eine Frau ihren fünf Jahre alten Knaben in der Küche allein gelassen. Das Kind kam dem Ofen zu nahe, seine Kleider fingen Feuer, und der Knabe erlitt so schwere Brandwunden, daß er nach wenigen Stunden starb. — (Schwerer Bauunfall.) In Wischweiler stürzte in der Nähe des Güterbahnhofes eine 220 Meter hohe und 25 Zentimeter dicke Mauer, an deren Fuß man einen Graben für ein Elektrizitätskabel aufgeworfen hatte, auf 80 Meter Länge zusammen und begrub fünf in dem Graben beschäftigte Arbeiter unter sich. Der 14jährige Elektrikerlehrling Walter Blumental aus Oberhofen konnte nur als Leiche geborgen werden; der 25 Jahre alte Julius Lieb wurde schwer verletzt, während die drei anderen nur leicht verletzt wurden. Der Einbruch der Mauer soll infolge der Erschütterung erfolgt sein, die der kurz vorher einfallende Straßburger Schnellzug verursacht hat.

## Witterungsanschlag im Schwarzwald

**Freiburg, 14. Febr.** Die zyclonale Witterung der letzten Tage, die am Samstag und Sonntag noch starke Schneefälle und Wintergewitter brachte, hat im Laufe der Nacht zu einem Witterungsanschlag auf dem Schwarzwald geführt. Die Temperaturen sind im allgemeinen stark gestiegen und liegen auch auf dem Hochschwarzwald mehrere Grad über Null. Der Schneefall ist in Regen übergegangen. Die Wasserläufe des südlichen Schwarzwalds sind bereits im Steigen begriffen; der Oberrhein hat bereits einen um einen halben Meter höheren Wasserstand.

## Große Ueberschwemmungen

**Villingen, 14. Febr.** Infolge der andauernden Regengüsse ist das Briggatal unterhalb Villingen bis Grüningen weithin überschwemmt. Die Straße Rietheim-Marbach ist unpassierbar geworden, sodaß heute nacht in Rietheim weilende Hochzeitsgäste den gewohnten Rückweg nach Marbach nicht mehr antreten konnten.

## Amtliches

### Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

**Ernannt:** Kanzleiaffizientin Josefine Büchtele beim Amtsgericht Freiburg zur Kanzleisekretärin, Kanzleihilfin Franziska Ziegler beim Amtsgericht Karlsruhe zur Kanzlistin, Aufseher Rudolf Kunze beim Landesgefängnis Mannheim zum Oberaufseher.

**Verfetzt:** Die Justizobersekretäre Erwin Jaß beim Amtsgericht Eppingen zum Amtsgericht Baden, Albert Beck beim Amtsgericht Baden und Georg Landenlos beim Amtsgericht Freiburg zum Amtsgericht Mannheim, Otto Tschann beim Amtsgericht Waldkirch zum Amtsgericht Freiburg, Aufseher Eugen Huber beim Männerzuchthaus Bruchsal zum Jugendstift Summsheim in Sinsheim.

**Juridiktum:** wurde die Verletzung des Oberaufsehers Ludwig Kempf bei den Strafanstalten Bruchsal zum Landesgefängnis Mannheim.

## Kirchliche Nachrichten

**Bruchsal (Reich Jugend- und Jungmännervereine des Bezirks Bruchsal.)** Am 12. Februar einberufene Vorstanderversammlung in Bruchsal war von 45 Vertretern, darunter 7 Vertretern, besucht. Bezirkspräsident Girdle-Bruchsal konnte den Drogenpräses Girtle-Bruchsal herzlich willkommen heißen. Letzterer gab zunächst einen Überblick über den Stand der Jugendvereine im Drogenverband. Dann behandelte er die Frage: Was muß der katholische Jungmann tun, damit die Ideale unserer Jugendvereine mehr und mehr sich im Verband durchsetzen? Ein dreifaches Betätigungsfeld ist zu pflegen: 1. das religiös-sittliche. Mittel dazu: unter borbildliches Verhalten in Kirche und Gottesdienst; die eifrige Teilnahme an den Exerzizien (namentlich auch beim kommenden Drogenvertretertag in Freiburg, 5. bis 8. April);

2. das kulturelle Gebiet: Verhältnis zum Rimeischen in guten äußeren Formen, Anstand und Takt. Werbemittel hierfür seien das Vereinslokal (keine „Näherhöhle“) und die gut vorbereitete und in Ordnung geleitete Vereinsversammlung. Wichtig waren die 6 Verhaltungsregeln auf der Eisenbahnfahrt („Bahnhofsregeln“). Feste gehören für gewöhnlich nicht zu den Werbemitteln. Damit sollte man sparsam umgehen; 3. das wirtschaftlich-berufsmäßige Gebiet: die Heranbildung tüchtigen Menschen in innerer Gefinnungsgemeinschaft. — In der lebhaften Aussprache wurden neben Exerzizien die Teilnahme an monatlichen Jungmännerapostolat empfohlen, ferner auf ein gutes Einvernehmen zwischen J. V. und D. J. V. gedrungen, die sich wie „Seele und Leib“ verhalten sollten. — Der Antrag auf Leistung eines jährlichen Bezirksbeitrags von 10 Pf. für das J. V. -Apostolat fand einstimmige Annahme. Kassier Wich. Müller-Untergrombach freut sich auf die Durchführung des Beschlusses! — Am 24. Juni ist vorausichtlich Bezirksfest in Weiber. Auf Bernhardsfest und Lieb wurde hingewiesen. Zur Pflege des gemeinsamen Liebes eignet sich auch das billige Mannheimer Biederheftchen. Et.

## Aus dem Gerichtssaal

### Kein Mordverdacht gegen Paul Kranz

**Berlin, 14. Febr.** Das Gericht hat den Haftentlassungsantrag des Verteidigers des Oberprimars Kranz, wie wir erfahren, genehmigt, weil kein Mordverdacht mehr besteht und die Höhe der zu erwartenden Strafe das übliche Maß nicht überschreiten wird. Eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft über ein Fallentlassen der Anklage ist bisher noch nicht erfolgt.

### Berlin, 14. Febr.

Im Krankheitsprozess stellte die Mutter des Angeklagten ihrem Sohn das Zeugnis eines lieben Kindes aus. Er sei ein guter Schüler gewesen. Im Charakter habe er eine gewisse Weichheit gezeigt, darum habe sie sich auch in seiner Erziehung immer von Milde leiten lassen. Er habe immer viel gelesen und auch Gedichte gemacht. Von dem Gelde, das er durch Nachhilfestunden verdiente, habe er seiner Mutter stets ein kleines Geschenk mitgebracht. Als er das Einjährigzeugnis erhalten hatte, hat er öfters einmal mit Freunden getrunken, war auch verschiedentlich betrunken, weil er nicht viel verdienen konnte. Die Eltern bemerkten dann, daß er unter dem Einfluß offenbar schlechter Freunde nachlässig und unpünktlich wurde. Die Erlaubnis zum Uebersiedeln nach Mahlow hat ihm die Mutter zuerst verweigert. Erst auf Verwendung des Günther Scheller habe sie ihn nach Mahlow in das Landhaus der Schellers ziehen lassen. Sie habe dann aber, als sie den schlechten Einfluß des Günther Scheller auf ihren Sohn bemerkt habe, verlangt, daß ihr Sohn zurückkehre. Er sei dann auch wirklich gekommen, aber da sie an diesem Tage nicht zu Hause gewesen sei, sei er bald wieder fortgegangen und wieder nach Mahlow gefahren. — Auf Befragen von Sachverständigen gab die Zeugin noch an, daß Kranz als Kind schon vor seiner Schulzeit allerlei Gedichte auswendig, womit die Großeltern ihr gerne Bekannten vorführten. Wie Leute sagten damals „Paulchen wird einmal ein großer Mann!“. Kranz war damals schwächlich und ist in seiner körperlichen Entwicklung etwas zurückgeblieben.

In der Nachmittagsitzung des Schülermordprozesses wurde eine Reihe von der Verteidigung geladener Zeugen vernommen, die alle dem Verhalten des Angeklagten Paul Kranz ein gutes Zeugnis ausstellten. Weiterhin berichtete ein Nachbar der Familie Scheller, daß er bei seinem 11jährigen Sohne ein Buch sequellen Inhalts gefunden habe, das von Günther Scheller stammte. Er sei deshalb mit den Eltern Schellers in Verbindung getreten, um sie zu bitten, derartige Bücher einzuschließen. Frau Scheller habe ihm darauf einen Vortrag über von ihr vertretene andere Erziehungsmethoden gehalten. Der Zeuge hat dann seinem Sohn den Verkehr mit Günther Scheller verboten.

**Türschoner**  
aus Celluloid in allen Größen, Farben und Formen kauft man bei  
**Eduard Isenmann.**  
Bruchsal  
Telefon Nr. 70  
Man verlangt kostenlos Muster und Preisliste

---

Gar. naturreiner  
**Biesenhonig**  
das Feinste, 10 Pfd.-Dose Mk. 11.—, halbe Mk. 6.— frei Nachh. ohne Nebenk. Garant. Zurückk.

---

**G. Ellmers**  
Odeweg  
Lüneburger Heide 17.

---

epische Ländler oh Anzahl, 1.10 Monatsr. liefert Teppichhaus A. Gay & Co. Frankfurt a. M. 2970 Schreiben Sie sofort.

Die Eigenschaften des **Bokkenkaffees**

kommen erst voll zur Geltung wenn die Zubereitung des Getränks nach Regeln erfolgt, die geeignet sind, seinen feinen Geschmack restlos zu entfalten. Die wichtigste heißt: Stets Beigabe einer kleinen Menge von

**Kaffeegold**  
KARLSBADER KAFFEEGEGWÜRZ

**Kaffeegold**  
KARLSBADER KAFFEEGEGWÜRZ  
würst den Kaffee und gibt ihm die schöne goldbräunliche Farbe

FRANCK  
HENRICH FRANCK & SOHN  
LUDWIGSHAFEN

**Kaffeegold**

# HANDEL / WIRTSCHAFT / VERKEHR

## Das Steuervereinheitlichungsgesetz

Unter den Gesetzentwürfen, mit welchen sich der Reichstag in absehbarer Zeit zu beschäftigen haben wird, dürfte der Entwurf eines Gesetzes über die Vereinheitlichung des Steuerrechtes — Steuervereinheitlichungsgesetz — eine ganz besondere Stellung einnehmen und zwar einmal wegen seiner grundsätzlichen Wichtigkeit und sodann auch im besonderen wegen seiner Auswirkung auf die Landessteuergesetzgebung. Das Gesetz als solches zerfällt — nach dem Entwurf — in vier verschiedene Einzelgesetze und zwar:

1. in ein Grundsteuerrahmengesetz;
2. in ein Gewerbesteuerrahmengesetz;
3. in ein Gebäudeverschuldungssteuergesetz und
4. in ein „Gesetz über die Vereinheitlichung des Verfahrens in Steuersachen und über die Anpassung der Reichsteuergesetze (Steuernpassungsgesetz)“.

Nach den vorliegenden Entwürfen sollen diese Gesetze bereits am 1. April 1928 in Kraft treten, doch soll es den Landesregierungen unbenommen sein, zu bestimmen, dass die Vorschriften über das Grundsteuerrahmengesetz und das Gewerbesteuerrahmengesetz in vollem Umfang erst vom 1. April 1929 ab Anwendung finden.

### Grundsteuer

ist vorgesehen, dass dieselbe als Landessteuer nach Massgabe der Vorschriften des Grundsteuerrahmengesetzes zu erheben ist und zwar vom landwirtschaftlichen und gärtnerischen Vermögen, vom eigentlichen Grundvermögen und von den Betriebsgrundstücken. „Inwieweit die Grundsteuer für Rechnung der Gemeinden erhoben wird, bestimmt sich nach Landesrecht.“ Besteuerungsgrundlage ist der Einheitswert, welcher nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes für den Steuergegenstand festgestellt ist. Die Höhe der Grundsteuer soll von den Ländern kraft eigenen Rechts und von den Gemeinden nach Massgabe der landesrechtlichen Bestimmungen bestimmt werden. Eine wesentliche Neuerung bedeutet dabei die Einführung des sogenannten Hauptsteuersatzes, welcher der Besteuerung zugrundegelegt ist. Dieser Hauptsteuersatz soll 9 vom Tausend des auf volle Hunderte nach unten abgerundeten Einheitswertes betragen. Der sich hiernach für den Steuergegenstand ergebende Messbetrag ist der Hauptsteuerbetrag. (Ein Beispiel folgt unten.) Die Grundsteuer soll in einem Vielfachen der Steuereinheit erhoben werden (Umlagesatz). Steuereinheit erhoben werden der hundertste Teil des Hauptsteuerbetrages. Der zu entrichtende Steuerbetrag ergibt sich aus der Vervielfältigung der Steuereinheit mit dem Umlagesatz. Weist also beispielsweise ein Grundstück den Einheitswert von 30000 RM. aus, so ist zunächst der Hauptsteuersatz zu ermitteln, dieser beträgt 9 vom Tausend oder 270 RM. Der Betrag von 270 RM. ist Hauptsteuerbetrag. Die Steuereinheit ist der hundertste Teil des Hauptsteuerbetrages, im vorliegenden Beispiel also 2,70 RM. Betrag

nun der Umlagesatz etwa 80, so beläuft sich die endgültig zu entrichtende Steuer auf 80 mal 2,70 RM. oder 216 RM.

Was nun die beabsichtigte Rahmenregelung der

### Gewerbesteuer

anbetrifft, so ist vorgesehen, drei Wertlichkeiten zu schaffen und zwar:

1. Gewerbeertrag;
2. Gewerkekaptial;
3. Lohnsumme.

Der Gewerbeertrag soll berechnet werden nach den Reineinkünften aus dem Gewerbeertrag (gemäss den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes unter Hinzurechnung gewisser im Entwurf näher umschriebener, weiterer Beträge und Absetzung von vier vom Hundert des Einheitswertes der Betriebsgrundstücke (ähnlich wie im Badischen Grund- und Gewerbesteuergesetz). Das Gewerkekaptial soll mit dem nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes festgestellten Einheitswert angesetzt werden. Was nun die „Lohnsumme“ anbetrifft, so ist darunter zu verstehen: ... der Arbeitslohn, der in dem Steuerabschnitt der Einkommensteuer oder der Körperschaftsteuer an die im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer gezahlt worden ist. ... Als Arbeitslohn gelten die Gehälter, Besoldungen, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen oder unter sonstiger Benennung gewährten Bezüge, geldwerten Vorteile und Entschädigungen der im Dienst der Unternehmung angestellten oder beschäftigten Personen. Auch die Gewerbesteuer soll von den Ländern kraft eigenen Rechts und von den Gemeinden nach Massgabe der landesrechtlichen Vorschriften bestimmt werden. Im übrigen ist bezüglich der Form der Erhebung der Gewerbesteuern vorgesehen, dass diese

- a) als Gewerbeertragssteuer und
- b) als Gewerkekaptial- und Lohnsummensteuer

zur Erhebung gelangen soll. Bei letzterer soll Hauptsteuerbetrag sein ... die Summe der Beträge, die von dem Gewerkekaptial und der Lohnsumme ... zu berechnen sind. Das Land kann bestimmen, dass statt einer Gewerkekaptial- und Lohnsummensteuer eine Gewerkekaptialsteuer allein oder eine Lohnsummensteuer allein erhoben wird, im letzteren Fall ist Hauptsteuerbetrag bei der Gewerkekaptialsteuer der Betrag, der vom Gewerkekaptial allein, bei der Lohnsummensteuer der Betrag, der von der Lohnsumme allein zu berechnen ist. Uebersteigt der Gewerbeertrag nicht den Betrag von 10000 RM. im Jahr, so sollen 1000 RM. abgesetzt werden, desgleichen bei einem Gewerkekaptial von nicht mehr als 20000 RM. der Betrag von 3000 RM. und ebenso bei der Lohnsumme von nicht mehr als 50000 RM. der Betrag von 10000 RM. Die Hauptsteuersätze sollen in folgender Höhe zugrundegelegt werden:

- a) Gewerbeertrag: für die ersten angefangenen oder vollen 1500 RM. 2,0 vom Hundert, von den weiteren angefangenen oder vollen 1500 RM. 3,5 vom Hundert, von den weiteren Beträgen 5,0 vom Hundert;
- b) von dem Gewerkekaptial 0,4 vom Hundert;
- c) von der Lohnsumme 1/2 vom Hundert.

Die Steuer wird auch hier in einem vielfachen der Steuereinheit erhoben (Umlagesatz), wobei Steuereinheit jeweils der hundertste Teil des Hauptsteuerbetrages ist (sinngemäss wie bei der Grundsteuer).

### Gebäudeverschuldungssteuergesetz

Was schliesslich den Entwurf eines Steuervereinheitlichungsgesetzes

anbetrifft, so ist in diesem Entwurf die Aenderung einer ganzen Anzahl von Bestimmungen bereits bestehender Finanzgesetze vor (allein auch der Reichsabgabenordnung) vorgesehen, hier sei lediglich eine für die Gemeindebesteuerung besonders einschneidende Bestimmung erwähnt, welche im § 9 des Finanzausgleichsgesetzes aufgenommen werden soll, deren Wortlaut folgender ist:

„1. Die Länder bestimmen kraft eigenen Rechts die Voraussetzungen, von denen die Wirksamkeit eines Gemeindebeschlusses in den Fällen abhängt, in denen der Umlagesatz für die Grundsteuer oder die Gewerbesteuer eine bestimmte Höhe übersteigt. Die Länder sollen hierbei die in Abs. 2 und 3 aufgestellten Grundsätze beachten.“

2. Soll in einer Gemeinde die Grundsteuer einschliesslich der für Rechnung des Landes erhobenen Steuer erhoben werden

- a) mit mehr als 100 Steuereinheiten, so soll die Gemeindebehörde verpflichtet sein, die zuständigen amtlichen Vertretungen der Landwirtschaft, des Gewerbes, des Handels und des Handwerks zuvor gutachtlich zu hören;
- b) mit mehr als 125 Steuereinheiten, so soll die Gemeinde verpflichtet sein, die Genehmigung der Landesregierung oder sofern nicht mehr als 150 Steuereinheiten erhoben werden sollen, die Genehmigung der Landesregierung oder einer von ihr beauftragten Behörde einzuholen.

Ferner soll die Gemeinde verpflichtet sein, stets dann die Genehmigung der Landesregierung einzuholen, wenn der Voranschlag, dem der Beschluss zugrundeliegt, das um 20 vom Hundert gekürzte Aufkommen im Rechnungsjahr 1926 übersteigt.

3. Absatz 2 findet auf die Gewerbesteuer mit der Massgabe entsprechende Anwendung, dass Absatz 2 Satz 1 für die Gewerbesteuer sowie für die Gewerkekaptial- und Lohnsummensteuer je für sich, Absatz 2 Satz 2 für die gesamte Gewerbesteuer gilt. Die Gewerkekaptial- und Lohnsummensteuer darf nur dann mit insgesamt mehr als 100 Steuereinheiten erhoben werden, wenn die Gewerbesteuer mit mindestens 100 Steuereinheiten erhoben wird. ...“

Hermann Hagen.

## Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 14. Februar. Die herrschende Unsicherheit in der inneren Politik, die zur Vorkommnisse Bewegung in der Metallindustrie und das weiter fast völlige Fehlen jeder Publikumsbeteiligung traten im heutigen Vormittagsverkehr noch stärker in Erscheinung und hatten die Spekulation ebenfalls zu gröss-

serer Zurückhaltung veranlasst. Aber auch zum offiziellen Beginn der heutigen Börse fiel ein bemerkenswerter freundlicher Grundton auf, der kursorisch allerdings kaum zum Ausdruck kam. Der glatte Verlauf der Medioliquidation und die heute schon besser zu überschendenden laufenden Engagements wurden günstig beurteilt, zumal sich angeblich auch einige Grossbanken in ihrer Tendenz nach oben gedreht haben. Die Veränderungen gegen gestern hielten sich, soweit Kurse überhaupt zustande kamen, im allgemeinen in Grenzen von 1-1 1/2 Proz., wobei die Besserungen überwiegen, als fest waren Jul. Berger plus 4 1/2 Proz., Byk Gulden plus 2 1/2 Prozent und Kunstseideaktien plus 3 Proz., schon zu Beginn auffällig, während Spritzwerte und besonders Schultheiss (minus 3 1/2 Proz.) in sich schwach lagen. Auch Chadeaktien verloren 5 1/2 Mk. Nach den ersten Notierungen wurde es vorübergehend etwas ruhiger, und die Kursentwicklung war nicht einheitlich. Man operierte mit einer Verzögerung über die Freigabe, die von einer Verzögerung sprach, welche aber nur um wenige Tage betragen soll. Diese Depression wurde auch bald wieder überwunden, und gegen 1 Uhr war es allgemein wieder lebhafter und ca. 1 Prozent über Anfangskursen. Eine Spezialbewegung entwickelte sich in Kunstseideaktien (Bemberg plus 5 Prozent, Glatzstoff plus 6 Prozent), wobei die starke Gewinnerhöhung der Courtaulds Ltd. London anregend gewirkt haben dürfte. Auch Elektropapiere fielen mit mehrprozentigen Steigerungen und grösseren Umsätzen aus dem Gesamtbild der Börse heraus. Anleihen unverändert, Ausländer still, aber behauptet. Pfandbriefe umsatzlos und nicht einheitlich. Landgold 1/4-1/2 Prozent schwächer. Devisen waren eher etwas angeboten. Die Mark konnte sich international befestigen, Holland neigt weiter zur Schwäche. Am Geldmarkt trat eine kleine Erleichterung ein. Tagesgeld stellte sich auf 5-7 Prozent und darunter, die übrigen Sätze, auch der Privatdiskont, blieben unverändert.

## Frankfurter Börse

Frankfurt, 14. Febr. Anschliessend an den etwas festeren Börsenschluss war die Stimmung an der Abendbörse allgemein freundlicher. Das Geschäft blieb jedoch gering und beschränkte sich im wesentlichen wieder auf einige Deckungskäufe der Kasse. Die Kurse konnten meist leicht anziehen, wobei die Steigerungen aber selten über 1 Prozent hinausgingen. Interesse bestand für Gelsenkirchener, Harpener, Mannesmann, Dt. Erdöl, Rütgerwerke, Schiffahrtswerte und Scheideanstalt. In Elektropapieren wurden verschiedene Meinungskäufe vorgenommen. Am Anleihemarkt zogen Ablösungsschuld für Neubesitz etwas an. Im Verlaufe konnte sich die Haltung eher weiterbefestigen.

## Warenmärkte

### Landwirtschaftliche Produkte

**Berliner Produktnotierungen**  
Weizen, märk. 226-229, pomm. 255,50 bis 254,50, meckl. 265,50-264,50, schles. 269,25 bis 269, Roggen, märk. 231-235, pomm. 258,25 bis 257,75, meckl. 265,50-264,75, schles. 255,50, Sommergerste 220-272, Hafer, märk. 207 bis 218, pomm. 227,50, meckl. 230, Weizenmehl 28,75 frei ab Hamburg 219-221, Weizenmehl 28,75 bis 33, Roggenmehl 29,75-33, Weizenkleie 15,3, Roggenkleie 15,25, Viktoriaerbsen 47,25-35, kleine Speiserbsen 32-35, Futtererbsen 21 bis 22, Peluschken 20-21,50, Ackerbohnen 20,50 bis 21, Wicken 21-23, Lupinen, blaue 14-14,75, gelbe 15,75-16, Serradella, neue 20,50-25,50, Rapskuchen 19,75-19,9, Leinkuchen 22-22,2, Trockenschrot 12,8-12,9, Sojasechrot 21,2 bis 21,8, Kartoffelflocken 23,2-23,7, drahtgepresstes Roggenstroh 0,80-1,05, drahtgepresstes Weizenstroh 0,75-0,95, desgl. Haferstroh 0,75-0,85, bindfadengepr. Roggenstroh 0,60 bis 0,80, desgl. Weizenstroh 0,60-0,70, gebunden. Roggenlangstroh 0,90-1,20, Häcksel 1,50 bis 1,75, handelsübli. Heu 1,40-1,80, gutes Heu 2,40-2,70, Gerstenstroh 0,70-0,85, Kleehheu 3,50-3,90, drahtgepr. Heu 3,00 Pfg. über Notiz, Luzerne 3,50-4,00, Tymothee 3,50-3,80.

**Die Freiburger Schlachtviehmarkt am 13. Februar** waren zugefahren: 6 Ochsen, 2 Faren, 15 Kühe, 5 Rinder, 86 Kälber, 431 Schweine. Es wurden bezahlt für Ochsen I. 54-56, Ochsen II. 46-52, Faren 50-52, Kühe 28-44, Kälber 78-82, Schweine 59-63 RM. pro Zentner Lebendgewicht. Der Verkehr war bei Grossvieh sehr schleppend, bei Kälbern anfangs zögernd, schliesslich ausverkauft, bei Schweinen ziemlich lebhaft. Norddeutsche Schweine nach mehrtäglichem Transport, nüchtern geworden, wurden 3 Pfg. über Notiz bezahlt. Ueberstände bei Grossvieh und Schweinen. Die Preise verstehen sich einschliesslich Fracht ab Stall, Gewichtsverlust, Risiko, Marktpesen und zulässigem Händlergewinn.

Der Schweinemarkt in Donaueschingen am 13. Februar war befahren mit 62 Läufern und 521 Milchschweinen. Läufer kosteten 50-90 Mark, Milchschweine 26-42 Mk. das Paar. Der Handel war gut.

### Metalle

**Berliner Metallnotierungen** vom 14. Februar.  
Elektrolytkupfer 135,25, Original-Hütten-Aluminium 210, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 214, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 95-97, Silber in Barren 78,75-79,50, Gold Freiverkehr per 10 Gramm 28-28,20, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 10-11,50.  
Pforzheimer Edelmetallpreise vom 14. Febr. Ein Kilo Gold 2800 Mk. Geld, 2814 Mk. Brief, ein Kilo Silber 78,60 Mk. Geld, 70,80-81,30 Mark Brief, ein Gramm Platin 10,40 Mk. Geld, 11,30 Mk. Brief.

## Börsenkurse vom 14. Februar 1928

Berliner Effekten		13. Febr.	14. Febr.
Ablösg. m. Ausl. kl.	52	52	
Ablösg. dto. gr.	55,9	55,8	
Ablösg. ohne	15,9	15,9	
6% Reichsanleihe	87,5	87,5	
5% Badenköhl. Wanl.	8,24	8,27	
5% Preuss. Kali	—	6,27	
5% Preuss. Roggrbk.	8,24	8,24	
Schantungsbahn	—	7,4	
Südd. Eisenbahnen	—	—	
Baltimore	—	—	
Hapag	152	152	
Hambg. Südamerika	209,5	208	
Hansa	—	215	
Nordd. Lloyd	155 1/2	155 1/2	
Danatbank	280	281	
Deutsche Bank	161	161 1/2	
Diskonto-Gesellschaft	157 1/2	158 1/2	
Dresdner Bank	158 1/2	158 1/2	
Reichsbank	195 1/2	195 1/2	
Rhein. Kredit	129 1/2	129 1/2	
Akkumulatoren	150 1/2	150 1/2	
Adlerwerke	77	77 1/2	
A. E. G.	162,5	167,5	
Augsburg-Nürnberg	108 1/2	108 1/2	
Bergmann	188 1/2	188	
Berl.-Karlsruher Ind.	84	88,5	
Brown-Boverie	151 1/2	151	
Buderus	97 1/2	97	
Chem. Albert	121 1/2	121 1/2	
Daimler	91	89	
Dtsch. Erdöl	180	181	
Dtsch. Linoleumwerke	269	271	
Dtsch. Maschinen	64	68	
Dtsch. Petroleum	78-74	78-74	
Eisenhandel	90,5	90 1/2	
Dynamit Nobel	127 1/2	126 1/2	
Dtsch. Wolle	49,5	51 1/2	
Eis-Bad. Wolle	87	87	
Eschweiler Bergwerk	205,5	—	
Farbenindustrie	260 1/2	260	
Feldmühle	208 1/2	208,5	
Felten & Quilleaume	124	125	
Gaggenau	86,5	87	
Gelsenkirchen	134	133 1/2	
Gesüfrel.	261	260,5	
Goldschmidt	111 1/2	113,5	
Gritzner	180	180 1/2	
Guanowerke	89,5	89,5	
Hammern	150	150,5	
Hannov. Maschinen	64 1/2	68,5	
Harpener	188	185,5	
Hirsch Kupfer	116	116	
Holzmann	189	189	
Hösch Eisen	141,5	141	
Max Jüdel	150	146	

	13. Febr.	14. Febr.
Kali Aschersleben	178,5	171 1/2
Karlsruher Maschinen	—	—
Knorr Heilbronn	170 1/2	170 1/2
Klöckner	121	120
Kollmar & Jourdan	86,5	86,5
Lahmeyer	168,5	168,5
Leopoldgrube	87	80
Laurahütte	79 1/2	80
Lindes Eismaschinen	155	155 1/2
Ludwig Löwe	284 1/2	288 1/2
Mannesmann	151,5	151,5
Motoren Deutz	62 1/2	62 1/2
Oberbedarf	105,5	104,5
Oberkoks	95,5	95 1/2
Orenstein	188	188
Phönix	100 1/2	99 1/2
Rhein Stahl	166,5	166
Riebeck Montan	148 1/2	146,5
Schuckert	179,5	179 1/2
Siemens & Halske	285 1/2	285,5
Sinner	88 1/2	88
Stolberger Zink	225	224
Südd. Zucker	141	139 1/2
Svenska	428 1/2	410,5
Tuchfabrik Aachen	128,5	128,5
Ver. Ut. Nickel	165	168 1/2
Ver. Glanzstoff	574	580
Ver. Stahlwerke	108	108
Stahl Zypen	198	198
Wanderer	191	189 1/2
Westeregeln	182	183
Wieslocher Ton	99	98
Zellstoff Waldhof	249 1/2	260
Zellstoff-Verein	152 1/2	152 1/2
Concordia Spinnerel	182 1/2	186
Licht & Kraftv.	218,5	220 1/2

	13. Febr.	14. Febr.
Bayrische Motoren	190,5	190,5
Kronprinz Metall	120 1/2	126
N. S. U.	100	99 1/2
Rhein-Elekt.	162	158 1/2

### Berliner Devisen

	13. Febr.	14. Febr.
Buenos-Aires	1,791	1,795
Kanada	4,180	4,188
Japan	1,961	1,965
Kairo	20,947	20,943
Konstantinopel	2,127	2,128
London	20,423	20,463
Newyork	4,190	4,198
Rio de Janeiro	0,503	0,505
Uruguay	4,276	4,276
Amsterdam	168,68	169,02
Athen	5,544	5,566
Brüssel	58,32	58,44
Danzig	51,82	51,82
Helsingfors	10,552	10,572
Italien	22,195	22,285
Jugoslawien	7,564	7,564
Kopenhagen	112,19	112,41
Lissabon	19,58	19,62
Oslo	111,49	111,48
Paris	16,46	16,465
Prag	12,418	12,417
Schweiz	80,60	80,555
Sofia	3,027	3,027
Spanien	71,16	71,31
Stockholm	112,47	112,43
Wien	58,985	59,105
Budapest	73,21	73,20

## Amtl. Preisfestsetzung für Kupfer, Blei und Zink

(Reichsmark per 100 kg) Berlin, den 14. II. 1928.

	Kupfer, Tendenz: ruhig			Blei, Tende: z. ruhig			Zink, Tendenz: lustlos		
	Bezahlt	Brief	Geld	Bezahlt	Brief	Geld	Bezahlt	Brief	Geld
1. Januar	—	124,50	124,25	—	41,50	41,25	—	51,25	50,50
2. Februar	—	125, —	128, —	—	40,50	40, —	—	52, —	51, —
3. März	124,50	124,75	124,50	—	40,50	40, —	—	51,75	50,75
4. April	—	124,75	124,25	—	40,50	40,25	—	51,50	50,50
5. Mai	—	124,75	124,25	—	40,75	40,50	—	51,50	50,50
6. Juni	—	124,50	124,25	—	41, —	40,75	—	51,50	50,50
7. Juli	—	124,50	124,25	—	41,50	41, —	—	51,25	50,50
8. August	—	124,50	124,25	—	41,50	41, —	—	51, —	50,50
9. September	—	124,50	124,25	—	41,50	41, —	—	51,25	50,50
10. Oktober	—	124,50	124,25	—	41,50	41,25	—	51,25	50,50
11. November	—	124,50	124,25	—	41,50	41,25	—	51,25	50,50
12. Dezember	—	124,50	124,25	—	41,50	41,25	—	51,25	50,50

# Karlsruhe

den 15. Februar 1928

## Briefkastenleerung

Die letzte Leerung der Briefkästen findet gegenwärtig werktags zwischen 19.30 und 20.30 statt. Vom 15. Februar ab wird hier eine Spätleerung und zwar zwischen 21.30 und 22.30 eingerichtet, die sich auf 20 Briefkästen in allen Teilen der Stadt erstreckt.

Diese 20 Briefkästen sind durch rote Streifen kenntlich gemacht. Bei den übrigen Briefkästen ist auf der Leerungstafel vermerkt, wo der nächste Briefkasten für die Spätleerung sich befindet.

Vom dem gleichen Zeitpunkt ab wird die zweite Sonntagsleerung, die bisher nur 5 Briefkästen umfaßte, auf diese 20 Briefkästen der werktagsleerung ausgedehnt und etwa 45 Minuten später gelegt werden.

**Sensations- und Geldmache.** Gestern abend verkaufte ein, wie man uns sagt, gut gekleideter Mann auf der Kaiserstraße unter dem bekannten sensationellen Kellamegeßerei, ein Blatt, von dem er behauptete, es gebe die wahre Aufklärung über den „Schwindel in Konnersreuth“. Natürlich machte der Mann ein gutes Geschäft, aber das Publikum wurde tatsächlich beschwindelt. Denn das Blatt, das einen unbekanntem Kölner Verlag angibt, enthält gar nichts, was irgendwie neu wäre. In Wirklichkeit ist es eine kritische, verworrene Zusammenstellung allerlei, was man aus Zeitungen herausgeschert hat und was schon vor Wochen und Monaten in Berliner und anderen Zeitungen und Extrablättern zu lesen war. Darunter auch einige ganz unzulängliche Aeußerungen sozialistischer Blätter über Konnersreuth, die mit den tatsächlich festgestellten Erscheinungen bzw. mit der Wahrheit in Widerspruch stehen. Auch der Bergmann Paul Diebel erscheint in diesem Blatt und zwar als das angebliche „Geheim der Konnersreuther Bürger“, weil er noch mehr könne, als Therese Neumann. Aber auch hier handelt es sich um einen aus dem Kölner sozialistischen Organ gescherten Artikel ohne jede Bedeutung für Konnersreuth. Wenn man diese wertlosen Versuche, die Vorgänge in Konnersreuth finanziell auszunutzen und sie zugleich — lediglich mit Behauptungen — als Betrug hinzustellen, zu würdigen versucht, dann kann man nur wieder einmal feststellen, wie gewissenlos und schamlos hier zu Werke gegangen wird. Das Publikum wird durch verlogenes Kellamegeßerei betrogen und erhält statt Aufklärung nichts als ein wertloses Stück Papier, mit alten Ledenbüchern, die irgend ein Dummkopf zusammengestellt hat. Wer hat wohl ein Interesse an dieser widerlichen Beschwindelung des Publikums?

**Elefantenanmarsch auf Baden!** Der sächsische Zirkusdirektor Sarrafani rückt mit 22 indischen Elefanten, 14 bengalischen Königstigern, 42 afrikanischen Löwen, mit Scharen von Kamelen, Zebros, Eisbären, Milpferden und mit Hunderten von Chinesen, Japanern, Indern, Tischerkessern, Kalmücken, Mulattinen, Negern, Siouxindianern auf Baden los! Hans Stöck-Sarrafani, der Herr und Meister dieser seltsamen exotischen Heerscharen, will in Baden seine neueste Erziehungsschule zeigen: Die schönste Schau zweier Welten, eine Zirkusschau von kolossalen Ausmaßen, die auf 180 eigenen Autositzplätzen von Stadt zu Stadt bewegt wird. Sarrafani schlägt in jeder badischen Gastspielstadt eine Zeltstadt auf, die im Glanze von 15 000 elektrischen Lampen wie ein Märchenbau aus „Tausend und einer Nacht“ ammutet. Ein gewaltiges Spielzelt, das größte Diermapienselt, das je in Europa konstruiert wurde, faßt 10 000 Zuschauer, mächtige Stallbauten für Hunderte der seltensten exotischen Tiere, Gaderobenzäume für 500 Künstler aller Rassen und Zonen gruppieren sich herum.

**Zollgebühren im Luftverkehr.** Nach einer Verfügung des Herrn Reichsministers der Finanzen sind für die Erhebung von Zollgebühren im Luftverkehr die Bestimmungen der Zollgebührenordnung maßgebend. Die ordentlichen Geschäftsstunden der Flughafenstellen für den größeren Flugplatz, darunter auch Karlsruhe und Mannheim, sind hinsichtlich den besonderen Verhältnissen der Luftfahrt anzupassen. Die gollamtliche Überfertigung der Luftreisenden und der von ihnen mitgeführten nicht zum Handel bestimmten Waren bei Flughafenstellen ist — auch außer-

halb der ordentlichen Geschäftsstunden — gebührenfrei.

**Rückfahrgelegenheiten vom städtischen Maskenball Karlsruhe.** Die Oberpostdirektion wird bei genügender Beteiligung Kraftwagen am Schluß des städtischen Maskenballes Karlsruhe am 18. Februar in die Nachbarsstädte fahren. Es kommen in Frage: ein Wagen nach Landau, ein Wagen nach Philippsburg, und zwar entweder über Rintheim-Gagsfeld-Bantenloch-Friedrichstal-Graben oder über Neureut-Eggenstein-Beoldschafen-Binkenheim-Graben, je nach Wunsch und Bedarf; ferner ein Wagen nach Forzheim über Durlach-Göppingen-Berghausen-Söllingen-Steinbach-Singen-Biffingen. Von Bruchsal über Bretten und von Gernsbach über Kallstall fahren die Wagen bei genügender Beteiligung schon zum Ballbeginn nach Karlsruhe und am Schluß des Balles zurück. Die Meldungen müssen bis zum 16. Februar beim Verkehrsverein Karlsruhe eingelaufen sein, der seinerseits die Angemeldeten verständigt, ob die Fahrt zustande kommt.

**Verkehrsunfälle.** Am Montag mittag wurde Ede Kriegs- und Hippurstrasse ein Radfahrer von einem Kraftwagen angefahren und vom Rad geschleudert. Der Radfahrer erlitt durch den Sturz eine Handverletzung. Die Schuld trifft den Kraftwagenführer, weil dieser beim Einbiegen in die Hippurstrasse nach links in kurzer Wendung anstatt in großem Bogen gefahren ist. — Am Montag abend wurde in der Kriegsstraße zwischen Schiller- und Eisenlohrstraße ein mit einem Handwagen in Richtung Kübler Krug fahrender Radfahrer beim Ueberholen von einem Auto erfasst und etwa 5 Meter nach vorn auf die Straße geschleudert. Der Handwagenführer trug einen Wadenbrand, sowie mehrere Quetschungen am rechten Fuß davon und wurde mittels Krankenautos in das städtische Krankenhaus verbracht.

**Aufgegriffen wurde am Montag hier ein 14 Jahre alter Schüler aus Forzheim, der ein dort vor einer Wirtschaft stehendes Fahrrad entwendete und damit hierher fuhr. Der Junge wurde seinen Eltern in Forzheim zugeführt.**

**Neuheiten für Frühjahr**  
**Herren-Anzugstoffe**  
neue Musterung in großer Auswahl empfiehlt  
**Wilh. Braunagel**  
Herrenstraße 7.

## Veranstaltungen

**Badisches Landes-theater.** Mittwoch, 15. Febr., zum erstenmal „Seitenprünge“, vier Einakter von Kurt Geck. Der Zettel ist von Eugen Schulz-Breden in Szene gesetzt. — Freitag, den 17. Februar, geb. Musorgskys so erfolgreiche Oper „Boris Godunow“ als geschlossene Vorstellung für die Volkshöhle in Szene. Die musikalische Leitung hat Josef Krups und die szenische Otto Krauß. Zu dieser Aufführung ist der 4. Rang für den allgemeinen Verkauf freigegeben. Die vier Festtage von Samstag, den 18., bis Dienstag, den 21. Februar, bringen im Landtheater ein von Intendant Dr. Waag in Szene gesetztes großes Cabaret. Im Rahmen dieser Veranstaltung gelangt auch der an verschiedenen Bühnen bereits mit großem Erfolg gegebene musikalische Einakter „Ein und zurück“ von Paul Hindemith zur Aufführung, welcher von Otto Krauß in Szene gesetzt wurde. Als letzte Nummer findet unter Mitwirkung des gesamten Personals die große Neue Rappenzwanz statt, welche durch ihren Inhalt die richtige Wirkung auf das Publikum nicht verfehlen wird. Der Beginn des Cabarets ist an allen vier Abenden 10 1/2 Uhr. Sonntag, den 19. Februar, findet als Nachmittagsvorstellung (Sondermiets für Auswärtige) eine Aufführung der mit so großem Beifall aufgenommenen Operette „Der Kogelhändler“ von Carl Heller statt unter der musikalischen Leitung von Rudolf Schwarz und der szenischen Leitung von Otto Krauß.

**Der Verein Karlsruher Presse (Karlsruher Journalisten- und Schriftsteller-Verein)** veranstaltet wie alljährlich am Donnerstag (20. Febr.) einen Kostümball ohne bestimmtes Motto im Hotel „Germania“. Der Beginn dieses Festes ist auf 8 Uhr abends, die Saalöffnung auf 7 1/2 Uhr angesetzt. Die Mitglieder des Vereins können eine beschränkte Anzahl von Gästen einführen. (Kartenpreis 5.— Mk.) Die Eintrittskarten werden auf den Namen ausgestellt und sind nicht übertragbar. Der Karten wünsch, möge sich mit einem Mitglied des Vereins in Verbindung setzen.

## Aus den Vereinen

**Windthorstbund Mühlburg.** In der Westendhalle in Mühlburg (Rheinstraße) findet morgen, Donnerstag abend 10 Uhr, ein Vortrags- und Diskussionsabend statt. Als Referent ist Herr Redakteur Dr. Müller-Reif gewonnen. Er wird über die Vorgänge innerhalb der Zentrumspartei sprechen, die in den letzten Wochen die Öffentlichkeit beanspruchten. Im Hinblick auf das aktuelle Thema darf ein reger Besuch der Veranstaltung erwartet werden. Die Mitglieder sämtlicher katholischer Vereine sind willkommen.

**Kathol. Mütterverein St. Bernhard.** Am Freitag, den 10. Februar, hielt der kath. Mütterverein St. Bernhard im Saale des Annahauses seine diesjährige Generalversammlung ab. Raum konnte der Saal die vielen Mütter fassen, welche sich dazu eingefunden haben. Die erste Vorsitzende Frau A. Frey eröffnete die Versammlung, indem sie alle Anwesenden herzlich begrüßte. Mit höchstem Interesse wurde der Bericht der Schriftführerin, sowie der Kassiererin, des Beitrags und der Monatsliste entgegengenommen. Der Mitgliedsstand des Vereins betrug 1206. Das Andenken an die im Vereinsjahr verstorbenen Mitglieder ehrten die Anwesenden durch Gebeten von den Sigen. Der Präses des Vereins, hochw. Herr Stadtpfarrer Dr. Kieser dankte dem Gesamtvorstand für die treue und mühselige Arbeit des Jahres und erteilte den mit der Geschäftsführung betrauten Mitgliedern Entlassung. Nach dem harmonisch verlaufenen geschäftlichen Teil des Abends erfolgte das mit Spannung erwartete Theaterstück „Kreuz und Opferstein“, welches von den Geschäftsgehilfinnen und Beamtinnen gespielt und von hochw. Herrn Kaplan Haas inszeniert wurde. Die Rollen wurden durch Antrachen des hochw. Herrn Präses und der ersten Korrespondenten ausgefüllt. Man freute sich in dem Bewußtsein, viel gutes und schönes gehört und gesehen zu haben.

**Der kath. Männerverein Sulach** hielt am Sonntag im „Gröppingen“ seine Hauptversammlung ab. Nach Entgegennahme des Rechenschafts- und Kassensberichts wurde dem Kassier Entlassung erteilt und dem Gesamtvorstand Dank und Anerkennung für die im abgelaufenen Vereinsjahr geleistete Arbeit ausgesprochen. Sitzungsgemäß schieben vom Vorstand aus der 1. Vorsitzende, der Kassier und ein Beisitzer. Sämtliche wurden wiedergewählt und nahmen die Wahl an. Als wirksames Mittel zur Belebung des kath. Bewußtseins empfiehlt unser hochw. Herr Präses rege Beteiligung an den Männerereignissen. Dies soll seitens der Vereinsleitung tatkräftige Unterstützung finden.

## Tages-Anzeiger

für Mittwoch, den 15. Februar 1928.

**Badisches Landes-theater.** Abends 8 Uhr: Zum ersten Mal „Seitenprünge“. — Abends 8.15 Uhr: „Das rote Blut“. — „Die Liebe vom Zigeunerstamm“. — „Die Kette nach dem Mond“. „Colosseum“. Abends 11 Uhr: Singspiel „Schwester Schäfer“. **Restaurant „Elefanten“.** Kabarettvorstellung, ersch. Programm. **Hotel „Germania“.** Radn. 3 1/2 Uhr: Kinderball. **Am Märchenland der Zauberberge“.** Weinhaus Emilis Juch. (Zum goldenen Ochsen). Konzert. **„Pauaner“ — Thomasbräu (Silberner Anker).** Original-Oberbayerische Oberländer. **Deutscher Werkmeisterbund.** Abends 8 1/2 Uhr im „Goldenen Adler“: Öffentliche Werkmeister-Versammlung. **Badischer Kunstverein (Waldfstraße 8).** Von 10 bis 11 Uhr und von 2 bis 4 Uhr: Ausstellung (Gruppe Heibelberger Maler).

## Badische Landeswetterwarte

Ausgegeben am Dienstag.

**Allgemeine Witterungsübersicht.** Der neue Wirbel hat außerordentlich viel Warmluft nach dem Festland gebracht, so daß die Temperaturen bei uns seit gestern allgemein fast gestiegen sind und auch im Gebirge bei durchschnittlich 3-4 Gr. über Null der Schnee allgemein in Regen überging. In der Ebene wurden heute Morgen bis 10 Grad Wärme gemessen. Wir bleiben im Bereich der warmen Westströmung.

**Vorausichtige Witterung für Mittwoch, den 15. Februar:** Fortdauer der für die Jahreszeit außerordentlich milden Witterung, wolfig und zeitweise leichte Regenfälle, im Gebirge Lawetter bei frischen Südwestwinden. **Wasserstände des Rheins vom 14. Februar,** morgens 6 Uhr: Schutterinsel 143, gef. 55; Rühl 280, gef. 8; Maxau 427, gef. 8; Mannheim 352, gef. 16 Zentimeter.

## Karlsruher Bürgerauschuss

Schluß des Berichts über die Sitzung vom 13. Februar betr. Wohnungsbau 1928.

In der weiteren Debatte zur Vorlage Wohnungsbau 1928 sprach zunächst Stadtrat Lang (Wirtz. Vereinigung): Die Vorlage sei reichlich groß und komme reichlich spät. Aber es sei dabei etwas Brauchbares geboten. Wer jetzt baue, bringe große Opfer. Arbeiten sollen nur nach hier vergeben werden. Unter dem Druck der heute üblichen Kaufkontrolle und der Paragrafenwirtschaft werde das Bauen erschwert. Den gestellten Anträgen stellt Redner (mit Ausnahme des für Kinderreiche) ablehnend gegenüber. Redner erklärt die Zustimmung zur Vorlage. **Bürgermeister Schneider** weist die Unterstellung des Vorredners, als schämiere die Baubehörde die Bauwirtschaft, als eine Beleidigung entschieden zurück.

**Stadtr. Sigmund (Soz.)** kritisiert die Vorlage in einigen Punkten. Der Zins für die zweite Hypothek sei zu teuer. Der Vorlage müsse aber zugestimmt werden, wenn das Bauen wieder mehr gefördert werden soll. Es handele sich aber nicht nur darum, Wohnungen zu bauen, sondern solche, die auch bezahlt werden können; hier könnte die Stadt noch mehr tun, z. B. Uebernahme der Straßenbaukosten. Redner spricht weiter für die Baugesellschaften. Bauwirtschaftler und Zinswucher erschweren und beeinträchtigen das Bauen und verteuern die Wohnungen, so daß z. B. Arbeiter Neubauwohnungen nicht beziehen können. Redner verteidigt den sozialdemokratischen Antrag, den Hausbesitzern, die über das übliche Maß hinaus Miete fordern, die Zinsbeihilfe zu entziehen.

**Stadtr. Braun (Dem.)**: Die Vorlage könne auf die einfache Formel gebracht werden: hier fehlt das Geld. Ob der einzelne aber hier das Geld aufbringt als die Stadt? Die Vorlage nimmt aber Redner an, da ihm auch nichts Günstigeres einfalle. Redner verteidigt die Baugesellschaften und ist Kritik an einzelnen Ausführungen der Vorlage und des Bürgermeisters Schneider. Möge die Idee der Vorlage sich bewähren!

**Bürgermeister Schneider** verteidigt seine Ausführungen gegen die Kritik des Vorredners. **Stadtr. Bauer (Kommunist)** polemisiert gegen Bürgermeister Schneider. Die Stadt solle in Regie bauen, um den privaten Mietwucher zu bekämpfen. In Neubauten sollte die Stadt die Mieten festsetzen. Redner begründet die kommunistischen Anträge.

**Stadtr. Lang (Wirtz. Vereinigung)** verwahrt sich dagegen, daß er sich eine Beleidigung der Beamtenschaft zuschulden habe kommen lassen. Der Vorsitzende erklärte aber, daß die Ausführungen des Stadtr. Lang allerdings für die Beamten verletzend gewesen seien, als ob sie Baugesuche subjektiv behandelten.

Als Stadtr. Siegrist das Rednerpult bestieg, überreichte ihm der Oberbürgermeister die Akten über den angeblich vom Stadtrat unvorschriftsmäßig behandelten Antrag der Aufwertungspartei, woraus hervorgeht, daß der Stadtrat jenen Antrag korrekt behandelt und erledigt habe; der Vorwurf müsse also zurückgenommen werden. Bei Prüfung der Akten kam es zu einer ziemlich erregten Szene zwischen dem Oberbürgermeister und dem Oberbürgermeister i. A., worauf letzterer die Erklärung abgab, daß der Stadtrat jenen Antrag richtig erledigt habe. **Stadtr. Dr. Franz (Genir.)** findet es unverständlich, daß der Versicherung des Herrn Oberbürgermeisters konsequenterweise des Stadtr. Siegrist nicht einfach Glauben geschenkt wurde und so der Bürgerauschuss durch diese längst erledigte Sache Zeit verlieren mußte.

Es folgte nun die Abstimmung, deren Ergebnis, wie schon berichtet, die Annahme der unzulässigen Vorlage gegen die Stimmen der Kommunisten war.

Weiter wurde eine Ergänzung des der Vorlage über die Förderung des Wohnungsbames 1928 zugrunde liegenden Stadtratsbeschlusses angenommen, wonach der Stadtrat ermächtigt wird, bei der Reichsberufungsanstalt für Angestellte in Berlin ein mit jährlich 8 Prozent zu verzinsendes und mit 2 Prozent zusätzlich der ersparten Zinsen zu tilgenden Darlehen aufzunehmen in Höhe von 858 400 Gramm Reichsmark, gleich rund einer Million Goldmark.

Zum Schluß fanden ohne Debatte noch zwei Vorlagen Annahme, die Grundstücksverwertungen durch die Stadt betrafen.

**Verlagsgeber und Verleger:** Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Direktor Wilhelm Jöhner, Karlsruhe. A. Hauschriftleitung: Dr. J. H. Meyer. Verantwortlich für Nachrichten dienst, Politik und Handel: Dr. Wilhelm Müller-Reif, für auswärtige Politik und Heuileton: Dr. G. H. Berger. für Anzeigen und Plakaten: Otto Krauß, sämtliche in Karlsruhe, Steinstraße 17.

**Rotationsdruck der Badenia, A.-G.**  
**Berliner Redaktion:**  
Joh. Hoffmann, Berlin-Charlottenburg, Gutenbergstraße 12.

**Todes-Anzeige.**  
Nach Gottes hl. Willen wurde unsere treubesorgte, herzengute, inniggeliebte Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante  
**Frau Christiana Dörner**  
geb. Schaber  
heute morgen 1/2 3 Uhr nach kurzem, schwerem Leiden im 69. Lebensjahre, versehen mit den heil. Sakramenten, aus diesem Leben abgerufen.  
Karlsruhe, den 14. Februar 1928.  
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:  
**Hermann Dörner.**  
Beerdigung: Donnerstag, 16. Februar, 1/3 8 Uhr nachm. Trauergottesdienst: Samstag früh 7 Uhr in der Stefanskirche. — Trauerhaus: Hirschstraße 71.

**Kath. Mütterverein St. Stephan.**  
**Todes-Anzeige.**  
Unser liebes Mitglied, Frau  
**Christiana Dörner**  
ist heute tant im Herrnentschlafen Wir empfehlen die Seele der 16. Verstorbenen dem frommen Gebete unserer Mitglieder. Die Beerdigung findet Donnerstag, 16. Februar, nachm. 1/2 8 Uhr statt. Trauerhaus: Hirschstraße 71. Karlsruhe, 14. 2. 1928 Der Vorstand.

2 möblierte Zimmer in Bad an berühmtem Ort. Dame 19. od. 19. 1/2 zu verm. Westendstr. 49

**Mittwoch bis Samstag**  
**Reste-Sage!**  
kommen die in größten Mengen angesammelten Reste von Anzugstoffen, Kleiderstoffen, Bettzeug- und Wäschestoffen, Bettdecken, Leinen- und Wollwaren jeder Art, Gardinen und Dekorationsstoffen etc.  
**mit außerordentlicher Preisermäßigung zum Verkauf.**  
Gleichzeitig werden die zur Dekoration verwendeten **Taschentücher** ganz billig abgegeben.  
**W. Boländer**

**Trauer-Bilder** liefert rasch und billig  
Buchdruckerei BADENIA, Karlsruhe, Adlerstrasse 42.

**Schlafzimmer-Bilder**  
22 Mt. Bilder für alle Räume. Einrahmungen  
Valentin Schäfers Kunsthandlung  
Kaiserstr. 38

**Grundstücks-Zwangsversteigerung.**  
 4 B 28/27. Im Verfahren der Zwangsversteigerung soll das unten beschriebene, in Karlsruhe gelegene Grundstück zum Verkauf zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Schreibers Friedrich Dolbe in Karlsruhe-Müppurr eingetragene Grundstück  
 am Mittwoch, den 4. April 1928,  
 vormittags 9 Uhr,

durch das Notariat — in den Diensträumen: Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer Nr. 10, in Karlsruhe — versteigert werden.  
 Lgh.-Nr. 10 286: 3 a 80 qm Hofraute, Hausgarten, Langstr. 45. Auf der Hofraute steht ein einstöckiges Wohnhaus mit Balkenfelder, Scheuer, Stallung und angebautem Schweineflur.  
 Schätzung ohne Zubehör: 7 000.— RM.  
 mit Zubehör: 10 005.— RM.

Der Versteigerungstermin ist am 2. September 1927 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.  
 Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht zu ersehen waren, sind spätestens in der Versteigerungsterminfrist vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Andernfalls werden diese Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden.  
 Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erlangung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen. Andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Karlsruhe, den 8. Februar 1928.  
 Notariat 4 als Vollstreckungsgericht.

**Grundstücks-Zwangsversteigerung.**  
 Am Donnerstag, den 23. Februar 1928, vorm. 9 Uhr, wird das Hausgrundstück Bielefeldstraße 10 in Karlsruhe (vierstöckiges Wohnhaus, zweistöckiger Querbau und einstöckiger Seitenbau) durch das Notariat IV in dessen Diensträumen Kaiserstr. 184, II. Stock, Zimmer 10, im Wege der Zwangsversteigerung öffentlich versteigert.  
 Schätzungswert: 35 000 RM.  
 Karlsruhe, den 10. Februar 1928.  
 Notariat IV  
 Vollstreckungsgericht.

# WIRTSCHAFTS WAREN

Von Mittwoch bis Samstag  
 Vorführung des bekannten Am-Brosen-„Mop“-Staubwischers in unserer Hauswirtschaftabteilung

Porzellan	Stingul	Emaille
Teller mit Porzellan, def. od. hoch..... 0.35	Obertassen, weiß..... 0.12	Milchtopf, marm. 1.30 1.10 0.90
DeSSERTTeller..... 0.30	Kekskannen..... 0.75	Flaschtopf, marm. 1.50 1.25 1.10
Obertassen, groß..... 0.18	Gemüseschüssel, groß, bunt..... 0.95	Spülschüssel, weiß, def. .... 1.75
Tassen mit Untert., bunt 0.35 0.30	Milchtopf m. Schenk, 1/2 Ltr. 0.90	Toilettenseife, weiß..... 2.25
Kaffeeservice für 6 Pers. 5.95	Waschbecken, weiss..... 1.10	Löffelblech, marm..... 3.40
Kaffeeservice, 15 Stk., neuwertig	Gewürzkränzen, Setz 6 Stk. 1.30	
Formen..... 10.50 8.95	Hier- oder Bestärke, 2 Ltr..... 1.05	
Tafelservice, 45 Stk., Goldl. 45.00		
30 Stk., Dekor..... 28.50		
Glaswaren	Aluminium	Wirtschaftsartikel
Wassergläser, klein..... 0.10	Schöpfkelle od. Schaumkelle 0.45	Küchenwaage, weiß lackiert. 2.25
Bierbecher..... 0.18	Essenskrüge..... 0.95 0.60	Vanilleisemilch..... 2.25
Weingläser auf Fuß..... 0.30	Kasserollen, unbediert, mit Ausguss..... 1.30 0.98	Brotkorb, dekoriert..... 0.65
Wasserkannen mit Glas..... 0.55	Salatschalen..... 1.95 1.70	Brotkasten, dekoriert..... 2.90
Kompottschalen, groß..... 0.98	Salz, 6 Fließtopf m. Deckel, unbediert..... 14.85	
		Holz- u. Korbwaren
		Aermelbrett..... 1.10 0.78
		Toilettenspiegel, oval..... 3.30 2.50
		Waschbürste, oval..... 2.45 1.60
		Sessel, Weiss, Weibowend.. 8.50

die durch Dekoration leicht angestaubt sind, kommen besonders billig zum Verkauf.

## Weisse Reste u. Einzelstücke Waren

Damen-Wäsche, Hemdhosen, Nachthemden, Kinder- und Bettwäsche, Tischtücher, Küchen- u. Zimhandtücher, Frottierväsche, Servietten, Gardinen, Stores, Bettdecken, Stickerpeiste etc.

### DEKORATIONS-TASCHENTÜCHER

Verkauf im Lichthof!

# KNOPE

Vorzügliches  
**Fastnachtsgebäck**  
 enthält einen kleinen ungesüßten bei Verwendung der neuen, geschmackvollen Palmkernbutter  
**„Hensola“**  
 Denken Sie daran, was noch sparen kann!

Es freut mich, in Ihrem Simonsbrot das Beste und Vollkommenste gefunden zu haben! Schreibt ein Verbraucher über das echte



**Raffiner Simonsbrot!**  
 Sie erhalten es echt und frisch nur bei:  
**Hans Riffel, Feinkost**  
 Kaiserstraße 150

**Schützen-Gesellschaft Karlsruhe (E. V.)**  
 Gegründet 1721

Heute Mittwoch, den 15. Februar 1928 nachm. 4 bis abends 9 Uhr im „Klapphorn“, Amalienstrasse 14 a

**Karten-Ausgabe**  
 für den Schützenball an die Mitglieder gegen Angehörigkeitsausweis  
 Der Verwaltungsrat.

## MÖBEL

Wer heut gewährt hohen Rabatt  
 Trotzdem zu teure Preise hat.  
 Von meinen Möbeln jedes Kind  
 Weiss, dass sie gut und billig sind  
 Die grösste Auswahl jeder sieht  
 Sehr gern gewährt ich auch Kredit.  
 Drum:  
**Will das Brautpaar glücklich sein  
 Kauft Möbel nur bei Freundlich ein**  
 Karlsruhe Kronenstr. 37/39  
 Ratenabkommen der Beamtenbank

**Hochfeines Salatöl**  
 von reinstem delikatem Geschmack, zu Mayonnaisen vorzüglich geeignet  
**CARL ROTH**  
 DRUCKERIE  
 TELEFON 6182 6181

**Haushaltungs- u. Fortbildungsinstitut**  
 St. Franziskushaus 1554  
 Abt. St. Klara, Karlsruhe, Grenzstrasse 7.

Zeitgemäße Einrichtung, mässiger Pensionspreis. Gründliche, praktische und theoretische Ausbildung in allen Fächern der Hauswirtschaft, der feineren und der bürgerlichen Küche, sowie in allen Handarbeiten. Auch ist Gelegenheit geboten, einen vollständigen Handwerkskurs mitzumachen. Ebenso zum Erlernen fremder Sprachen und Musik. Eintritt 17 April und 23. Oktober. Prospekte u. Auskunft durch Schwester Oberin.

**Sollfreies Gefrierfleisch.**  
 Ab Donnerstag, den 16. Februar 1928 sind die Preise für Gefrierfleisch um 2 Pfennig für das Pfund ermäßigt und auf 60.-88 Pfennig und für Schaf- und Lammfleisch auf 82 Pfennig festgesetzt worden.  
 Karlsruhe, 14. 2. 1928.  
 Städt. Schlacht- und Viehhofamt.

**Badisches Landestheater**  
 Mittwoch, 14. Februar  
 A 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

**Thürmer**  
 ein vorzügliches  
**Piano**  
 mittlerer Preislage  
 empfiehlt sich gegen  
**Teilzahlung**  
 der Alleinvertr. L. Schweisgut  
 Erdprinzenstr. 4  
 beim Rondellplatz 239

**Colosseum**  
 Heute Abends  
**Gastspiel Sylvester Schaffer**  
 „Der König d. Artisten“  
 sowie das übrige grosse Variete-Programm

**Er ist sehr gut**  
 so sagen alle, die unseren echten Bienenhonig erhalten. Er sollte in keiner Familie fehlen.  
 10 Pfund à 1.05 Mk.  
 5 Pfund à 1.00 Mk.  
 Auch Einzelhandabgabe. Wiederverkäufer günstig.  
 Honig-Holzer Leopold  
 Spazier-Sieg-straße 11  
 (gegenüber dem  
 Vertriebsamt  
 Rudolfsstr. 1. kein Laden.)

**Saarbrücker Landes-Zeitung**  
 Führendes Organ der saarländischen Zentrumspartei, der größten u. bedeutendsten politischen Partei des Saargebietes  
 Erbklassiges Inseritionsorgan für Südwestdeutschland  
 Erscheint wöchentlich 1 mal im Großformat 41 x 37 cm.

Durchschlagende Inseritionserfolge • Aktuelle Beilagen aus allen Wissenschaften • Maßgebende Handelszeitung  
 Nachrichtenverteilungen: Berlin, München, Paris und Rom

Im gleichen Verlage erscheinen ferner:  
 „Sonntagsblätter an der Saar“, Auflage über 14 000.  
 Katholisches Wochenblatt für das Saargebiet,  
 „Südwestdeutsche Sportzeitung“, Aufl. 12 000. (Rhein. Sportspiegel, Sport an der Saar, Fahrsp. Sport, amtl. Organ)  
 „Der Saarhandel“, Organ des Saargebietes für Handel und Gewerbe im Saargebiet.  
 „Saarländische Wirtschaftszeitung“, Offizielles Organ des Gastwirtsverbandes,  
 „Saarbach-Blätter“, Landw. Zeitschrift für das Saargebiet, und andere bedeutende Fachblätter und Zeitschriften.

**Verlag der bedeutendsten Geschichtswerke des Saargebietes.**

**Den Junker & Ruh-Gasherd beim**  
**Herd BECKER**  
 Nähe Zirkel  
 Waldstraße 13

Preise	120	135	165
bei 24 monatlichen Raten	2x 411	2x 482	2x 513
mtl. Rat	17 1/2	20	21 1/2
bei 12 monatlichen Raten	3x 860	3x 1155	3x 1245
mtl. Rat	10 1/2	12 1/2	13 1/2

Dem Ratenabkomm. d. Beamtenbk. angeschl. — Gebrauchte Herde nehme ich in Zahlung —

Alte, gut eingeführte Versicherungsgesellschaft, sucht zum Werben für ihre neuzeitliche Kindersparversicherung durchaus ehrliche, zuverlässige und redigewandte **HERREN.**  
 Das vorhandene Werbematerial, sowie schriftliche Empfehlungen prominenter Persönlichkeiten bieten Gewähr für sichere Erfolge. Sofortiger Verdienst. Bei Bewährung feste Anstellung.  
 Gefl. Angebote sind unter Nr. 2003 an die Geschäftsstelle dieses Blattes zu richten.

**Erste Leibern-Fabr. Nob. Naible**  
 Karlsruhe i. B. Bismarckstr. 33.  
 Tel. 5842.

**Lehrstellen**  
 bei erstklassigen Firmen vermittelt die Stellenvermittlung des G. D. A. Karlsruhe, Kaiserstraße 6, III. Telefon 6902.  
 Kostenlose kaufmännische Fachberatung.

**Leitern**  
 Industrie, Gewerbe und Haushaltung Reparaturen  
**Eisen-Me-Betten**  
 Stahlmatt., Kinderbetten, ginst. an Priv. Kat. 1309 fr  
 Eisenmöbelfabr. Suh (Thür.)

**Städtischer Masken- u. Fremdenball**  
 Karlsruhe + Samstag, 18. Febr. 1928  
 in sämtlichen festlich beleuchteten und geschmückten Sälen der Festhalle

Preiskrönung v. Einzelkostümen u. Gruppen im Gesamtwert von 1000 RM.  
 Zwei Ballorchester, zwei Jazzkapellen  
 Im Bierstunnel Wiener Schrammel-Musik

Eintritt: 4.50 Mk., Abendkasse 5 Mk., Balkon (vorbehaltener Platz) 5 Mk., Lauben 20 Mk., vorbehaltene Restaurationsplätze 1 Mk. ♦ Autorückfahrgelegenheit für Auswärtige auf vorherige Bestellung  
 Anfang 8 Uhr ♦ Auskunft und Karten beim Verkehrsverein Karlsruhe, Kaiserstr. 159, Tel. 1420. Weitere Kartenverkaufsstellen siehe Anschläge an den Plakatsäulen ♦ Ende 3 Uhr morgens